



Sebastian Hansen

Die poetische Konzertgesellschaft.
Geschmack und Verhalten in der bürgerlichen
Musikkultur 1781–1848

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
360 Seiten, gebunden | 38,00 €
ISBN 978-3-8353-5799-0

rezensiert von

Sven Oliver Müller, Berlin

Manchmal bereichern neue Blicke auf vermeintlich bekannte Quellen und ungewohnte analytische Kategorien scheinbar längst erforschte Zusammenhänge. Das gilt für das Buch des Düsseldorfer Historikers Sebastian Hansen über Entwicklungen in der Konzertkultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zwar gibt es nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern auch in der Musik- und Medienwissenschaft bereits viele eingehende Untersuchungen über Veränderungen bei Konzerten, Repertoires oder Publika im 19. Jahrhundert.¹ Wie viele dieser Studien ist auch Hansen Habilitationsschrift vergleichend aufgebaut, nimmt daher mehrere Orte in den Blick. Anders als vorherige Arbeiten konzentriert er sich aber auf deutschsprachige Orte und betrachtet sehr fokussiert und systematisch die Entstehung und Entwicklung von (sinfonischen) Orchestern sowie die Rezeption von Sinfonien. Er untersucht dabei eine vorwiegend bildungsbürgerliche »Konzertgesellschaft« durch den Vergleich von Konzertreihen in Wien, Leipzig, Berlin, München und Dresden. Die ausgewählten Spielorte und Spielstätten haben eine zentrale Bedeutung für die Kulturgeschichte im deutschsprachigen Raum. Deshalb hält Hansen es für erklärungsbedürftig, warum die Forschung bislang nur selten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Veranstaltern, Kritikern, Publika oder Repertoires an den verschiedenen Orten systematisch untersuchte.

Eine wichtige Kategorie, die die Vergleiche von Orchestern, Repertoires etc. entschlüsseln helfen soll, ist für Hansen der »Geschmack«. Kritiker und Publikum orientieren sich am Geschmack anderer, erschaffen aber auch einen eigenen Geschmack, gehen bestimmte Änderungen und Entwicklungen mit und verweigert sich anderen. Durch Geschmack lasse sich, so Hansen, begründen, warum die Konzertveranstalter manche Stücke in ihr Programm

¹ Hansen selbst nennt vor allem *William Weber*, *Music and the Middle Class. Social Structure of Concert Life in London, Paris and Vienna*, London 1975; *James H. Johnson*, *Listening in Paris. A Cultural History*, Berkeley/London 1995; *Sven Oliver Müller*, *Das Publikum macht die Musik. Musikleben in Berlin, London und Wien im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2014.

aufnahmen, andere ignorierten, neugierig auf bestimmte Gattungen, Komponisten oder Dirigenten waren und wie diese Entscheidungen Teil des Habitus im Publikum wurden. Konzerte wurden allmählich »ein offenes Forum der Geschmacksbestimmung« (S. 322).

Hansen zeigt, dass Konzerte und ihre Spielstätten die Kultur in einer Gesellschaft erheblich veränderten, neue Impulse, allerdings auch viele Probleme erzeugten. An der Wende zum 19. Jahrhundert waren zwar Opernhäuser vielerorts bereits ins städtische Musikleben integriert, Konzertsäle und das sinfonische Repertoire jedoch noch nicht. Die geringere Bekanntheit von Orchestern, die unterschiedliche Anzahl und Verfügbarkeit der Häuser sowie die Verschiedenheit der Repertoires belasteten aus Sicht vieler Bildungsbürger und Bürgerinnen sowie ihrer Vereine den vermeintlichen Fortschritt, ja behinderten die für notwendig erachtete Modernisierung der Gesellschaft.

Die Mitglieder zunächst privater Musikvereine organisierten und finanzierten halböffentliche oder öffentliche Aufführungen. Zu den bekanntesten Vereinen zählt sicherlich die Wiener Gesellschaft der Musikfreunde, in der sich Bürger und Adelige trafen. Zugang hatten zu den meisten Gesellschaftskonzerten zunächst nur diejenigen, welche deren kulturelle und soziale Regeln befolgten und sich vor allem auch an den Kosten beteiligten. Der Spielbetrieb vieler Konzerte basierte auf einer »kulturellen Vergesellschaftung« (S. 39). In den Musikvereinen diskutierten nicht nur Kenner und Liebhaber über die neue Musik, sondern deren Mitglieder spielten auch selbst als Dilettanten und Dilettantinnen in manchen Konzerten mit. Doch das änderte sich bald und die Eröffnung neuer und größerer Konzerthäuser ist dafür ein Indikator. Die Veranstalter von Konzertreihen wie etwa die Direktoren im Leipziger Gewandhaus warben um Abonnentinnen und Abonnenten, versuchten die Geschmäcker unterschiedlicher Publika zu befriedigen und achteten zunehmend darauf, dass in den Orchestern professionelle Musiker spielten. Diese Entwicklung forderte manche Bürger heraus, die weiterhin versuchten, die sinfonische Musik primär durch Wissen und Lernen zu erschließen und selbst zu entscheiden, was gespielt werden sollte. In der Folge verloren seit den 1820er-Jahren die Musikvereine einen Großteil ihrer Mitglieder.

Die Sinfonie wurde spätestens ab 1820 zur wichtigsten Gattung im Konzertprogramm und von Kritikern sowie Publikum eingehend beachtet, studiert und bewertet. In der Sinfonie erblickten viele Bürger und Bürgerinnen eine ideale kulturelle Schöpfung, denn sie vereinte, so die Wahrnehmung, die unterschiedlichen Stimmen im Orchester zu einer gemeinschaftsstiftenden Harmonie. Sinfonien waren daher nicht ephemere oder modische, sondern wahrhaftige und zeitlose Kunstwerke. Doch diese Verklärung verursachte ein Problem. Vor dem Hintergrund eines rasch wachsenden Angebots immer neuer Kompositionen machten sich Veranstalter, Musiker, Kritiker und das Publikum auf die Suche nach einem verlässlichen ästhetischen Kriterium, um die Auswahl der Sinfonien zu begründen. Eine überschaubare Anzahl von Künstlern erklärte man zu Klassikern und deren Stücke zur Grundlage eines ästhetischen Kanons. Dieser Kanon wurde vor allem vom Bildungsbürgertum geprägt und rezipiert. Haydn, Mozart und Beethoven setzten die Maßstäbe, an denen sich alle anderen Komponisten zu orientieren hatten. Hinsichtlich seines Ranges scheint Beethoven alle Komponisten vor ihm übertroffen zu haben. Der Spielbetrieb in Leipzig ist dafür ein gutes Beispiel, wie es Hansen auf den Punkt bringt: »Eine Statistik, die den gesamten Zeitraum von 1781 bis 1848 erfasst, lässt solche Verschiebungen von einem – zugespitzt formuliert – symphonischen Zeitalter Haydns zu einem symphonischen Zeitalter Beethovens leicht übersehen.« (S. 197)

Dass Beethoven wichtiger wurde, ist selbstredend bereits bekannt, aber Hansens sorgfältige Analyse der Konzertprogramme belegt nicht nur große Trends, sondern zeigt auch Mikroentwicklungen genau: Die strikte Auswahl zeitloser »Genies« bedeutete nicht, dass an einem zufälligen Abend die Emotionen des Publikums, die Arroganz der Kritiker oder plötzliche Programmänderungen keine Chance für Außenseiter boten. Beispielsweise wurden die Sinfonien von Franz Krommer, Friedrich Ernst Fesca, Louis Spohr oder Johann Wenzel Kalliwoda zeitweise häufig gespielt, schafften es aber nicht, dauerhaft im Repertoire zu bleiben. Ebenso dauerte es wenigstens zwei Jahrzehnte, bis Franz Schubert oder Robert Schumann als

Sinfoniker allgemein anerkannt wurden. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hörte das Publikum in den fünf deutschen Vergleichsstädten immer öfter die Werke verstorbener Komponisten. Indes war diese sich abzeichnende Historisierung eine gesamteuropäische Entwicklung. Hansen zeigt anhand vieler Beispiele, wie Gattungen, Repertoires, Geschmack oder Praktiken im Detail gesellschaftlich ausgehandelt wurden. Für diesen öffentlichen Kommunikationsprozess spielten die Medien eine wichtige Rolle, seien es Zeitungsartikel über Dirigenten, Rezensionen einzelner Stücke, Sitzpläne oder die Werbung für Konzertabonnements.

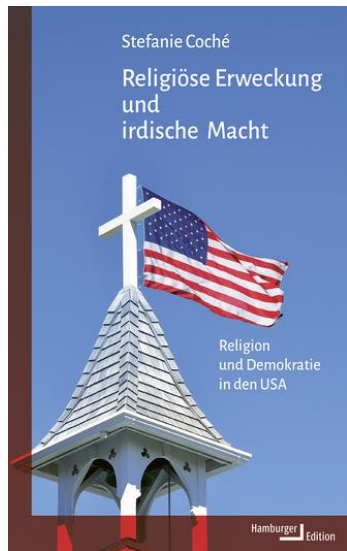
Bei allen Gemeinsamkeiten zwischen den fünf untersuchten Städten verweist Hansen auch auf manche Differenzen. Verglichen mit Leipzig dauerte es beispielsweise in den Residenzstädten München und Dresden länger, bis regelmäßige Konzertreihen entstanden, weil führende Adelige und die Höfe diese Veränderungen behinderten. Doch letztlich hatten Organisation und Verbreitung solcher Konzerte allerorten Erfolg. Eine Ursache der Institutionalisierung des Konzerts und der Angleichung in allen Städten war nicht nur, dass die Konzertgesellschaften ein anderes Repertoire spielten als die Opernhäuser und Hofkapellen, sondern auch, dass die Musiker der letzteren nicht so professionell und differenziert spielten wie ihre Kollegen in den neuen Sinfonieorchestern.

Das Buch ist klug konzipiert und sorgfältig analysiert. Doch der Titel überrascht mich. Einen methodischen Gewinn im Begriff »poetische Konzertgesellschaften« kann ich nicht erkennen. Der Titel erinnert vielmehr an ein amorphes Weltbild, an ein kulturelles Ideal der Zeitgenossen selbst. Um die besondere Qualität der Sinfonien im Vergleich zu anderen Musikgattungen zu verdeutlichen, bzw. in Hansens Worten: um die »bereichernden Möglichkeiten, Raum für Phantasie, Reflexion, Sinnstiftung und die Vielfalt der Gefühle zu schaffen, entwarfen die Kritiker das Ideal einer poetischen Gesellschaft« (S. 318). Meines Erachtens sollte man die Quellsprache deutlicher vom Forschungsansatz trennen.

Sebastian Hansen hat ein in vielerlei Hinsicht spannendes Buch geschrieben. Er bereichert durch oft übersehene Einzelthemen die geschichts- und musikwissenschaftliche Forschung. Die sorgsame Untersuchung von Konzertprogrammen, Entwicklungen in Orchestern, Rezeptionsdokumenten etc. verdeutlicht kleinere und größere Entwicklungen überzeugend. Auch seine Erzählweise – eine Kombination aus präzisen Argumenten und ironischen Kommentaren – dürfte viele Leserinnen und Leser neugierig machen. Mir gefallen Bücher, die neue Fragen aufwerfen, ich finde Fragen oft spannender als Antworten. Ausgehend von Hansens Ergebnissen kann man nun fragen: Wie entwickelte sich die Orchesterkultur nach 1850 weiter? Bildeten sich durch die gezeigte Form der Kommunikation neue Institutionen, Geschmäcker und Repertoires im Musikleben heraus? Gewöhnten sich Veranstalter, Komponisten, Kritiker oder Publikum an diesen Spielbetrieb? Dazu sollte »Geschmack« als Kategorie vielleicht noch trennschärfer bestimmt werden. Andererseits lädt gerade die Offenheit von Hansens Ansatz zu weiteren Diskussionen ein. Auch das ist eine Stärke seines Buchs.

Zitierempfehlung

Sven Oliver Müller, Rezension zu: Sebastian Hansen, Die poetische Konzertgesellschaft. Geschmack und Verhalten in der bürgerlichen Musikkultur 1781–1848, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82107.pdf>> [19.11.2025].



Stefanie Coché

Religiöse Erweckung und irdische Macht.
Religion und Demokratie in den USA

Hamburger Edition | Hamburg 2025
560 Seiten, gebunden | 45,00 €
ISBN 978-3-86854-398-8

rezensiert von

Maren Freudenberg, Ruhr-Universität Bochum

Vor dem Hintergrund des fortlaufenden Erstarkens des christlichen Nationalismus in den USA während Donald Trumps zweiter Amtszeit stellt Stefanie Cochés Untersuchung einflussreicher religiöser Führungspersonen in der US-amerikanischen Geschichte einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der zentralen Stellung der christlichen Religion in »God's own country« dar. Die Historikerin rückt in ihrem umfangreichen Werk gleich vierzehn Predigerinnen und Prediger in den Fokus, die im »Bible Belt« der Südstaaten, aber auch im Nordosten und im Südwesten der USA aktiv waren – darunter protestantische ebenso wie katholische und weiße ebenso wie schwarze. Damit gelingt es Coché nicht nur, die konfessionelle, ethnische und regionale Diversität des amerikanischen Christentums abzubilden; sie kann diese über theoretische Anker wie den Modernebegriff des kanadischen Philosophen Charles Taylor und Konzepte von Charisma und Rationalität in der Tradition des deutschen Soziologen Max Weber auch systematisch anschlussfähig machen. Im Zentrum ihres methodischen Zugriffs steht die Rekonstruktionen der Lebenswege der vierzehn Führungspersonen, wozu sie wissenschaftliche und populäre Biografien, Predigten und Traktate, Presseberichte und weitere Abhandlungen sowie in einem Fall auch einen Dokumentarfilm heranzieht.

Das Buch ist in eine Einleitung, vier Hauptkapitel und ein Fazit gegliedert. Die Einleitung erläutert recht knapp die Fallauswahl, die theoretische Rahmung der »fractured modernities« nach Taylor und den biografiegeschichtlichen Zugriff. Überzeugend ist insbesondere das grundlegende Anliegen Cochés, die US-amerikanische Politik, Kultur und Gesellschaft vom 19. bis ins 21. Jahrhundert aus der Perspektive von Religion, d.h. durch die Untersuchung religiöser Inhalte, zugänglich zu machen. Das erste Kapitel widmet sich der religionsgeschichtlich so zentralen Zeit des »Second Great Awakening« um die Wende zum 19. Jahrhundert am Beispiel des presbyterianischen Predigers Charles Grandison Finney (1792–1875) und, deutlich knapper, des 1844 zum Katholizismus konvertierten Orestes Augustus Brownson (1803–1876). Coché zeigt hier auf, dass sich im US-amerikanischen Protestantismus in dieser Zeit eine wichtige

Wende vollzog, die bis heute nachklingt: Der Handlungsspielraum einzelner Gläubiger wurde insofern erweitert, als dass sie ihr Schicksal nicht mehr als vorbestimmt verstanden, wie noch während des »First Great Awakening« zur Mitte des 18. Jahrhunderts, sondern die Möglichkeit und gar Verantwortung wahrnahmen, sich aktiv um ihre eigene Erlösung zu bemühen. Dies ging einher mit einer Aufwertung religiöser Führungspersonen, die sich als auf besondere Weise von Gott auserwählt darstellten und damit ein Privileg verkörperten, das sie von »normalen« Gläubigen absetzte. Diese Entwicklung vollzog sich laut Coché in einem Spannungsfeld von individueller Rationalität einerseits und Unterordnung unter die Autorität der Führungsperson andererseits.

Das zweite Kapitel wendet sich der Zeit nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg zu. Am Beispiel der schwarzen Predigerin Amanda Berry Smith (1837–1915), einer als ungewöhnlich charismatisch (»magnetic«, S. 127) aufgefassten Figur innerhalb der »Holiness«-Bewegung, diskutiert Coché einerseits die Kategorien *race* und Gender und nimmt mit der »Holiness«-Bewegung andererseits einen Vorläufer des heute so wichtigen Pfingstlertums in den Blick. Der einflussreiche evangelikale Prediger Dwight Lyman Moody (1837–1899), der 1886 das Moody Bible Institute gründete – ein bis heute in Chicago bestehendes evangelikales College – wird ebenso untersucht wie Francis Xavier Weninger (1805–1888), ein österreichischer Jesuit und Missionar, der den Einwanderungskatholizismus in den USA vor allem durch seine Lehren zum Heiligen Geist prägte. Diese betonten, dem Evangelikalismus nicht unähnlich, die Eigenverantwortung der Gläubigen zur Erlösung trotz aller kirchlicher Autorität. Besonders besticht aber die Abhandlung zu Mary Baker Eddy (1821–1910), der Gründerin und langjährigen Führerin der »Christian Science«: Diese Strömung lehnte die Materialität der Welt ab und wollte körperliches Leiden als Illusion durch sogenannte »mind cure«-Praktiken auflösen, die Eddy nach Überzeugung ihrer Anhänger offenbart wurden. Das Kapitel thematisiert damit sowohl Zentren als auch Peripherien der damaligen christlichen Religionslandschaft.

Das dritte Kapitel fokussiert den religiösen Wandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts, einem Zeitraum, in dem sich der Konflikt zwischen den sogenannten Fundamentalisten und Modernisten rund um die wortwörtliche versus historisch-kritische Bibelauslegung zuspitzte. Ausführlich wird anhand ihres Gründers Charles Harrison Mason (1864–1961) in die »Church of God in Christ« (COGIC), die größte schwarze Pfingstdenomination in der USA, eingeführt. Die COGIC prägt das pfingstlerisch-charismatische Christentum als weltweit am rasantesten wachsende christliche Strömung bis heute entscheidend. Sodann werden mit dem baptistischen Prediger Charles Edward Fuller (1887–1968) und dem katholischen Bischof Fulton John Sheen (1895–1979) zwei medienaffine religiöse Führer vorgestellt, die jeweils mit erfolgreichen Radiosendungen Berühmtheit erlangten: Fullers »Old Fashioned Revival Hour« ist vielen US-Amerikanern bis heute ein Begriff, während Sheens »The Catholic Hour« für diesen Priester nur ein Schritt auf seinem Weg vom Radio zum Fernsehen war. Das Kapitel nimmt damit die herausragende Bedeutung von Mediennutzung zu Evangelisierungszwecken in den Blick, die nicht erst zu dieser Zeit einsetzte und bis heute in neuen Formen anhält. Anhand von Sheen sowie des reformierten Theologen Karl Paul Reinhold Niebuhr (1892–1971) thematisiert Coché darüber hinaus die intellektuelle, systematisch-theologische Auseinandersetzung mit Fragen rund um Aufklärung und Offenbarung sowohl im Katholizismus als auch im Protestantismus jener Zeit.

Das vierte Kapitel behandelt die enger werdenden Beziehungen zwischen Religion und Politik im Laufe des 20. Jahrhunderts am Beispiel der beiden evangelikalen Radio- und Fernsehprediger William Franklin »Billy« Graham Jr. (1918–2018) und Jerry Laymon Falwell (1933–2007). Coché zeigt auf, wie der moderatere Graham durch die praktische Anwendung evangelikaler Lehren auf den Alltag der Gläubigen erfolgreich wurde und wie der fundamentalistische Falwell zwar daran anschloss, aber zugleich ein über den privaten Bereich hinausgehendes politisches Engagement der Gläubigen propagierte. Durch die von Falwell gegründete konservativ-religiöse Organisation »Moral Majority« wurde während des

Präsidentenwahlkampf Ronald Reagans im Jahr 1980 die bis heute anhaltende Allianz zwischen der evangelikalen Wählerschaft und der Republikanischen Partei geschmiedet. Am Beispiel der episkopalen Predigerin Pauli Murray (1910–1985), die erst 2021 durch einen Dokumentarfilm breitere Bekanntheit erlangte, nimmt Coché parallel aber auch die schwindenden Denominationen des »Mainline«-Protestantismus in den Blick. Murrays Predigten verbanden eine historisch-kritische Bibelexegese mit systematisch-theologischen Argumenten und der Aufforderung an die Gläubigen, sich gemäß diesen Auslegungen gesellschaftlich zu engagieren. Ganz anders verhielt es sich mit der letzten im Buch behandelten Führungsfigur, der Katholikin Estela Ruiz (geb. 1936). Die aus Mexiko stammende konservative Predigerin legitimierte ihren Führungsanspruch durch die Behauptung, Offenbarungen der Jungfrau Maria zu erhalten, und scharte damit eine breite Anhängerschaft jenseits kirchlicher Strukturen um sich. Ihr Marienkult war Teil der charismatischen Erneuerungsbewegung innerhalb der katholischen Kirche und beförderte individuelle religiöse Wissensaneignung in der Tradition Fulton Sheens. Damit thematisiert das Kapitel neben der Verquickung von Religion und Politik auch erneut die religiöse Individualisierung und die anhaltende Relevanz von Religion im Alltag der Gläubigen.

Cochés Band ist ein sorgfältig recherchierter und detailliert aufgearbeiteter Beitrag zur US-amerikanischen Religionsgeschichte. Er ist umso wertvoller, als er trotz der starken Betonung des Protestantismus und bekannter protestantischer Führungsfiguren wie Finney, Moody, Fuller, Graham und Falwell die Perspektive mit Brownson und Sheen auch auf den Katholizismus lenkt sowie mit Weninger und Ruiz auch auf die Intersektion von Katholizismus und Einwanderung bzw. Geschlecht. Mit Smith und Mason kommen die »Black Churches« zum Tragen, mit Niebuhr und Murray der »Mainline«-Protestantismus, und mit Eddys »Christian Science« wird der äußerste Rand des christlichen Spektrums beleuchtet. Aus analytischer Sicht betont Coché einleuchtend das anhaltende Spannungsfeld zwischen individuell-charismatischer und traditionaler Autorität in religiösen Aushandlungsprozessen seit dem frühen 19. Jahrhundert. Obwohl bei der Fülle von Informationen einzelne Thesen der Autorin hier und da unterzugehen drohen, schlägt das Fazit einen sinnvollen Bogen. Einige begriffliche Inkonsistenzen und Rechtschreibfehler, die durch das Lektorat gerutscht sind, stören den Lesefluss kaum. Insgesamt untermauert der Band zentrale Themen, Erkenntnisse und Zugänge zur US-amerikanischen Religionsgeschichte – darunter »gender, race, class«, aber auch Professionalisierung, Mediennutzung und der Aufruf zur gesellschaftlichen Teilhabe – durch aufschlussreiche biografische Details der untersuchten Führungsfiguren.

Zitierempfehlung

Maren Freudenberg, Rezension zu: Stefanie Coché, Religiöse Erweckung und irdische Macht. Religion und Demokratie in den USA, Hamburger Edition, Hamburg 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82108.pdf>> [19.11.2025].



**Jutta Braun/Nadine Freund/
Christian Mentel/Gunnar Take**

Das Kanzleramt.
Bundesdeutsche Demokratie und NS-
Vergangenheit

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung
Potsdam hrsg. von Johannes Hürter, Thomas Raithel, Martin
Sabrow, Thomas Schaarschmidt, Annette Vowinkel
und Andreas Wirsching

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
938 Seiten, gebunden | 58,00 €
ISBN 978-3-8353-5598-9

rezensiert von

Patrick Wagner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Während der Regierung Konrad Adenauers wurde die Politik aus dem Kanzleramt heraus von einer habituell homogenen Gruppe konservativer Verwaltungsjuristen gesteuert, die ihre Positionen Hans Globke, dem engsten Vertrauten des Kanzlers (und ab 1953 Chef des Amtes), verdankten. Wenn das vorliegende Buch ein Schlusskapitel hätte, das seine Befunde in Thesenform zusammenfasste, würde diese Aussage vermutlich dessen Kern bilden. Aber leider fehlt ein solches Synthesekapitel.

Seit 2018 hat eine Projektgruppe des Instituts für Zeitgeschichte und des Zentrums für Zeithistorische Forschung die Geschichte des Kanzleramts zwischen 1949 und Mitte der 1970er-Jahre untersucht. Der die Ergebnisse dokumentierende Band vereint vier voneinander unabhängige Einzelstudien zwischen denselben Buchdeckeln. Die Untersuchungen von Gunnar Take zur Personalpolitik, von Nadine Freund zu den biografischen Prägungen des Personals und seiner politischen Praxis sowie von Jutta Braun zur Rolle des (dem Kanzleramt angegliederten) Bundespresseamts hätten jeweils auch als eigenständige Monografien publiziert werden können. Der Beitrag von Christian Mentel zum Umgang des Kanzleramts mit der NS-Vergangenheit zerfällt seinerseits in sechs Fallstudien, die jeweils für sich interessant sind, vom Autor selbst aber als Vermessung eines »disparaten Terrains« charakterisiert werden, die sich eines »gemeinsamen Fazits« entziehe (S. 663). Vermutlich handelt es sich bei diesem Patchwork um eine respektable Notlösung, die den diskontinuierlichen Berufswegen von Historikern geschuldet ist; Mentel war bereits 2020 aus dem Projekt ausgeschieden.

Als das Kanzleramt 1949 aufgebaut wurde, stand mit der Zentralverwaltung der Bizone ein Pool an ebenso qualifizierten wie kaum durch eine NS-Vergangenheit belasteten Kandidaten zur Verfügung. Unter dem Einfluss Globkes kam aber eine andere Gruppe zum Zuge, nämlich vor allem Juristen, die sich bis 1945 in den Ministerien des NS-Staats »angepasst oder systemtragend/karrieristisch« verhalten hatten (S. 194). Globke rekrutierte Mitarbeiter, die ihm selbst habituell ähnlich und Adenauer gegenüber loyal waren. »Wirkliche Verbrecher« (Globke,

zit. nach S. 253) rekrutierte das Kanzleramt nicht und verlangte von seinen Beamten eine Selbstdarstellung als unpolitische Verwaltungsexperten, verzichtete aber darauf, Details über das Verhalten der Beamten während der NS-Zeit wissen zu wollen.

Dass Globke selbst über ein Jahrzehnt an der Spitze des Amtes stehen konnte, obwohl allgemein bekannt war, dass er bis 1945 im Reichsinnenministerium an antisemitischen Gesetzen und Verordnungen mitgearbeitet hatte, interpretiert Take als »eines unter vielen Signalen an die NS-Belasteten« (S. 253) und die Leiter des Gesamtprojektes erweitern dies im knappen Editorial zu der These, Globkes Umgang mit seiner Biografie habe »der großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung [...] modellhaft« gezeigt, »wie sich das eigene Verhalten in der Diktatur rückblickend biografisch einordnen ließ«: Man habe »mitgemacht, aber niemandem geschadet« und sei »im Inneren eigentlich dagegen gewesen« (S. 9). Wie die persönliche Rolle Globkes im NS-Staat zu bewerten ist, bleibt auch nach dieser Studie kontrovers diskutabel; die vergangenheitspolitische Funktion Globkes in der frühen Bundesrepublik scheint hier aber plausibel und konsensfähig auf den Punkt gebracht.

Als Folge dieser Personalpolitik sorgte während der 1950er- und 1960er-Jahre eine homogene Gruppe konservativer männlicher Verwaltungsjuristen für ein reibungsloses Funktionieren der Regierungszentrale. In den unsicheren Aufbaujahren der Republik trug dies zur Stabilisierung des neuen Systems bei, freilich in Form einer »semiautoritären Kanzlerdemokratie« (S. 251). Die von Globke aufgebauten und auf ihn ausgerichteten Loyalitätsbeziehungen innerhalb der Spitzenbürokratie blieben noch nach seiner Pensionierung 1963 intakt und begrenzten die Spielräume der folgenden Regierungs- und Kanzleramtschefs. Der 1966 zum Kanzler gewählte Kurt Georg Kiesinger beklagte retrospektiv, ihm hätten nur »auf jedem Gebiet zweitrangige Leute« zur Verfügung gestanden (S. 82). Erst Willy Brandts Kanzleramtschef Horst Ehmke modernisierte und pluralisierte das Amt, indem er Quereinsteiger ohne juristische Ausbildung sowie Frauen einstellte und die hierarchischen, auf horizontaler Ebene gegeneinander abgeschotteten Kommunikationsstränge durch themenspezifische Arbeitsgruppen ablöste.

Anhand mehrerer Fallstudien zeigen die Autoren, dass das Kanzleramt unter Adenauer und Globke einen paternalistischen Politikstil pflegte. Aus der Überzeugung, das politisch unreife Volk werde bei nächster Gelegenheit wieder vom demokratischen Pfad abkommen, entwickelten sie Strategien der Meinungslenkung, betrieben mit staatlichen Ressourcen verdeckte Wahlwerbung für die CDU (die Verleumdung politischer Gegner inklusive) und hegten Pläne für ein deren Hegemonie garantierendes Wahlrecht. Ein besonderes Augenmerk richtet Freund auf die Bestrebungen des Kanzleramts zu Beginn der 1950er-Jahre, die Initiativen regierungsnaher Frauenorganisationen und des Justizministeriums zu blockieren, die auf eine Reform der ehe- und familienrechtlichen Normen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zielten. An das Gleichheitspostulat des Grundgesetzes habe sich das Kanzleramt nicht gebunden gefühlt, weil es aus seiner Sicht dem Naturrecht widersprochen habe. Das Kanzleramt habe so »traditionelle Wertvorstellungen und Hierarchien in Familien und Gesellschaft« konserviert (S. 551).

Solche Interpretationen sowie die kritische Bewertung von Globkes Tätigkeit im NS-Innenministerium hat Sven-Felix Kellerhoff zum Anlass genommen, das Buch in der »Welt« rüde als »moralisierende Wissenschaft« abzuqualifizieren, geschrieben in »identitätspolitischem Furor«.¹ Doch der kulturkämpferische Furor Kellerhoffs wird den Leistungen des Buchs nicht gerecht. Im Kern handelt es sich nämlich um gut recherchierte und plausibel argumentierende Studien über das Kanzleramt als institutionelles Zentrum der Bundesregierung, über seine Praktiken und die zugrundeliegenden bürokratischen Kulturen und Mentalitäten. Die Autoren rekonstruieren nachvollziehbar, wie Adenauer und Globke ihren biografischen Erfahrungen und Grundüberzeugungen entsprechende Strukturen der Entscheidungsfindung etablierten, aber

¹ Sven-Felix Kellerhoff, Was identitätspolitischer Furor aus dem »Fall Globke« macht, in: Die Welt, 4.7.2025, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article256327120/geschichte-des-bundeskanzleramtes-was-identitaetspolitischer-furor-aus-dem-fall-globke-macht.html> [19.11.2025].

auch, wie schwer es nachfolgenden Kanzlern und Kanzleramtschefs fiel, sich aus diesen Strukturen zu emanzipieren und neue politische Wege einzuschlagen.

Dennoch sind drei kritische Anmerkungen angebracht. Erstens hat Kellerhof darin durchaus einen Punkt, dass die Autoren mitunter dazu neigen, heutige Idealvorstellungen einer inklusiven und partizipativen Demokratie zum Maßstab für die Bewertung des Agierens des Kanzleramts in den 1950er-Jahren zu machen. Das mag normativ sympathisch sein, verdeckt aber doch, dass diese Ideale damals nicht nur bei einigen verstockten Ministerialbeamten, sondern durchaus noch bei großen Teilen der Gesellschaft auf Widerspruch trafen. Hier überschätzen die Autoren wohl auch die autonome Wirkungsmacht des Kanzleramts. Problematisch scheint es mir zudem, Globke vorzuwerfen, dass er in seinen Schriften vor 1933 »mit keinem Wort Wertschätzung gegenüber der Republik« geäußert habe und Otto Lenz (1951 bis 1953 Chef des Kanzleramts) anzukreiden, dass dieser um 1930 »kein Anhänger des Gleichheitspostulats« gewesen sei und sich nach 1945 nicht von den autoritären Politikvorstellungen der Widerständler des 20. Juli 1944 distanziert habe (S. 361 und 365). Hier hätte ein Mehr an Historisierung den Interpretationen gutgetan.

Zweitens: Gerade wenn man das Kanzleramt der 1950er-Jahre für die entscheidende Steuerungsinstanz der Bundesregierung hält, kann die Auswahl der Politikfelder, anhand derer die Autoren dies untersuchen, nicht zufriedenstellen. Selbstverständlich sind die Wahlrechtspolitik, die Debatten um das Ehe- und Familienrecht sowie die Lenkung der öffentlichen Meinung aufschlussreiche Sonden, wenn es gilt, die demokratiepolitischen Positionen der ersten Bundeskabinette zu analysieren. Aber indem diese Felder detailliert, die Kernbereiche der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dagegen gar nicht untersucht werden, bleibt offen, ob die Thesen zur ›grauen Eminenz‹ Globke oder zum habituellen Konservatismus der Ministerialbeamten auch dann noch plausibel erscheinen würden, wenn man sie in Fallstudien zum Lastenausgleich, zur Wirtschaftspolitik oder zur Rentenreform testete.

Nun richtet sich eine solche Kritik allerdings nicht speziell an die vier Autoren dieses Bandes. Vielmehr folgen sie einem Pfad, den die Auftraggeber der Behörden-Aufarbeitungsforschung in den letzten 20 Jahren aus ihren (legitimen) institutionellen Interessen angelegt haben und dem die meisten Projekte gefolgt sind: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gerät in dieser Perspektive zum eigentlichen Kern der jeweiligen Institutionengeschichte. Letztlich liefern diese Forschungsprojekte zwar interessante Anstöße aus einer spezifischen Perspektive, sie leisten aber noch nicht eine historisch angemessene Untersuchung des bundesdeutschen Regierungssystems.

Drittens schließlich teilt die vorliegende Studie mit anderen Untersuchungen dieses Genres das Problem, dass sie dazu neigt, das Handeln von deutschen Politikern und Ministerialbeamten nach 1945 fast linear auf deren biografische Erfahrungen in Weimarer Republik und »Drittem Reich« zurückzuführen. In vielem mag dies evident erscheinen, aber um plausibel zwischen Überhängen aus der oder Reaktionen auf die NS-Zeit einerseits und solchen Phänomenen andererseits, die vielen westlichen Gesellschaften in Kaltem Krieg und Wirtschaftsboom gemein waren, unterscheiden zu können, bedarf es nun doch im nächsten Schritt transnational vergleichender Perspektiven. Das Kanzleramt diente ab 1949 der Etablierung einer »semiautoritären Kanzlerdemokratie« – aber wie würde sich diese Interpretation vielleicht verändern (oder auch bestätigen), wenn man das Kanzleramt des Jahres 1955 mit Downing Street No. 10 zum selben Zeitpunkt vergliche? Eine solche Perspektive als Desiderat zu markieren, ist mir umso wichtiger, als auch die von mir selbst verantwortete Studie zur Geschichte des Bundeskriminalamts eine solche Perspektive nicht geleistet hat.

Zitierempfehlung

Patrick Wagner, Rezension zu: Jutta Braun u.a., Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82109.pdf>> [19.11.2025].



Katharina Schmidt

Der Wundermann Ludwig Erhard.
Mythos, Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit
(Öffentlichkeit und Geschichte)

Herbert von Halem Verlag | Köln 2024
628 Seiten, gebunden | 47,00 €
ISBN 978-3-86962-680-2

rezensiert von

Ralf Ptak, Universität Köln

Die Dissertation von Katharina Schmidt zum Mythos des »Wundermann Ludwig Erhard« ist mit über 600 Seiten, einschließlich einem sehr detaillierten Anmerkungsapparat und dem Literaturverzeichnis, ein mächtiges Werk. Dieser Umfang ist Stärke und Schwäche zugleich, denn einerseits hat sich die Autorin mit einer bemerkenswerten Intensität den Quellen gewidmet, sodass die Arbeit in der Erhard-Rezeption auch langfristig eine wichtige Referenz sein wird. Andererseits verliert die Arbeit durch den weit gespannten Rahmen mit überbordenden Details bisweilen etwas den Fokus auf ihre Kernbotschaften.

Die Dissertation ist interdisziplinär als eine Art Crossover-Arbeit angelegt, mit Schwerpunkt auf kommunikationswissenschaftliche Themen – vor allem auf Strategien der Öffentlichkeitsarbeit im politischen Raum und auf die Rolle der Medien in der politischen Kommunikation – und einer historisch-sozialwissenschaftlichen Perspektive, die zugleich politikwissenschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte berücksichtigt. Im Zentrum der Arbeit steht die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Ludwig-Erhard-Mythos in Deutschland. Die Struktur der Arbeit ist komplex. Nach der durch einen umfangreichen Prolog angereicherten Einleitung ordnet die Autorin dem Wirken von Erhard drei historisch-chronologische Kapitel zu, die sie entlang der Kategorie »Vertrauen« einteilt – immer bezogen auf die Wahrnehmung Erhards in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister 1949 bis zu seinem Rücktritt als Bundeskanzler 1966.

Der Begriff des Vertrauens, den Schmidt als Parameter der Erhard'schen Wirkungsgeschichte zugrunde legt, bleibt aber eine etwas schwammige Kategorie, deren Evidenz – also die Möglichkeiten und Grenzen den Vertrauensbegriff als Maßstab der Wirkungsgeschichte zu nutzen – wenig reflektiert wird. Im Mittelpunkt der Analyse steht die öffentliche Rezeption von Erhard als Wirtschaftsminister und später als Kanzler und hier insbesondere die ihm zugeschriebenen Begriffe der »Sozialen Marktwirtschaft« und des »Wirtschaftswunders«. Dieser Analyse ist im Prolog eine kompakte biografische Skizze vorangestellt, die Erhards Tätigkeit

bei der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ab 1935 als bedeutenden Schritt für seine spätere Selbstvermarktung herausarbeitet und seine Passion für eine kommunikationsorientierte Wirtschaftspolitik nicht zuletzt daraus ableitet. Allerdings wird nicht deutlich, dass seine Tätigkeit als Marktforscher sowie seine wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit im Bereich der Konsumgüterindustrie eng mit den Zielen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft verwoben waren und ihn insofern mindestens als ambivalenten, nationalistisch geprägten Mitläufer charakterisieren.¹ Gleiches gilt für seine wichtigste Mitarbeiter in der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Leonhard Miksch und mehr noch für Alfred Müller-Armack, der 1933 Mitglied der NSDAP wurde.

Im Prolog wird in groben Zügen auch die wirtschaftliche Nachkriegssituation dargestellt, um den historischen Handlungsraum von Erhard zu verdeutlichen. Das ist im Großen und Ganzen gut gelungen. Schade ist, dass das Verhältnis zwischen Erhard und der Gründungsgeneration der Ordoliberalen um Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow sowie Müller-Armack und Miksch nur sehr knapp beschrieben wird, als wäre es eher eine historische Randnotiz. Tatsächlich wäre Erhards Weg als Wirtschaftsminister und seine Vermarktung als Vater des »Wirtschaftswunders« ohne das vielschichtige Wirken des ordoliberalen Netzwerks kaum möglich gewesen. Zugespitzt formuliert: Ohne den intellektuellen und propagandistischen Input der Ordoliberalen gäbe es keinen Erhard als vermeintlichen »Mastermind« des Nachkriegsaufschwungs. Das Leitsatzgesetz von 1948 (die teilweise Freigabe der bewirtschafteten Preise) – im Nachhinein zusammen mit der Währungsreform zum Startpunkt der Sozialen Marktwirtschaft erklärt – hatte Miksch geschrieben. Müller-Armack prägte und füllte die Formel von der Sozialen Marktwirtschaft² und Rüstow verschaffte dem Projekt im Rahmen der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) die notwendige Öffentlichkeit im akademischen und unternehmerischen Milieu.

Das zentrale und stärkste Kapitel der Arbeit heißt »Vertrauenserwerb (1949–1963)«. Darin verdeutlicht die Autorin, mit welchem strategischen Ansatz, welchen finanziellen Mitteln und operativen Kampagnen aus dem Wirtschaftsminister Erhard der »Wundermann Erhard« wurde. Das Kapitel beschreibt die Genese eines bis heute tief verankerten Mythos der Bundesrepublik, der nicht nur für einen geradezu ikonischen Personenkult des Mannes mit der Zigarre steht, sondern auch die Formel von der Sozialen Marktwirtschaft und die ihr zugrunde liegende ordoliberale Wirtschaftspolitik zu einer Staatsräson geformt hat. Schmidt legt in beeindruckender Weise dar, wie systematisch mit intensivem und professionellem PR-Aufwand die Marke Erhard geschaffen wurde und wie die Marktwirtschaft durch die Formel des Sozialen überhaupt erst im marktskeptischen Nachkriegsdeutschland durchsetzungsfähig wurde.³ Deutlich wird auch, dass trotz großer Vorbehalte gegenüber der Person Erhards verschiedene Kräfte (CDU/CSU, FDP, unternehmerische Interessengruppen) aufgrund eigener Nutzenabwägungen die besondere Profilierung von Erhard und die Erfindung eines »Wirtschaftswunders« über Jahre hinweg unterstützt haben. Die Autorin zeigt zudem, wie Erhard durch das ihn umgebende Netzwerk auf seine eigene Ikonisierung hingewirkt hat und diesen Personenkult als Grundlage für seinen Aufstieg ins Kanzleramt betrachtete. Anders als Adenauer verfügte er nicht über eine breite parteipolitische Basis. Sein Pfund war der Mythos um die eigene Person, die öffentlichkeitswirksam mit dem steigenden Wohlstand der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft konnotiert war. Insofern war Erhard – das wird in der Arbeit von Schmidt deutlich – durch und durch ein marktwirtschaftlicher Populist, so wie es in der Gegenwart Milei für Argentinien ist.

¹ Vgl. dazu Ralf Ptak, *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen 2004, hier S.76–81.

² Vgl. ders., Alfred Müller-Armack, *The »State Idea« and the Economic Order – Metamorphoses from 1932 to 1978*, in: Thomas Biebricher/Werner Bonefeld/Peter Nedergaard (Eds.), *The Oxford Handbook of Ordoliberalism*, Oxford 2022, S. 150–165.

³ Vgl. Uwe Fuhrmann, *Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse*, Konstanz 2017.

Im Kapitel »Vertrauenserhalt (1963–1965)«, das Erhards Weg in die Kanzlerschaft beschreibt, verliert sich Schmidt dann in vielen Details, die zwar durchaus interessant sind und bisweilen einen anekdotischen Charakter haben, aber kaum zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringen. Erhellend ist in diesem Kapitel der Abschnitt zur »formierten Gesellschaft«, mit der Erhard und seine Berater nach der Phase der Hochkonjunktur eine neue Gesellschaftspolitik etablieren wollten, die gewissermaßen der autoritäre Überbau für die Normalisierung der Nachkriegsökonomie werden sollte. Die quellenbasierte Darstellung der Auseinandersetzung um den umstrittenen Begriff im konservativ-liberalen Lager ist eine echte Fundgrube. Schade ist, dass die Idee der »formierten Gesellschaft« nicht in die ordoliberalen Programmatik eingeordnet wird. Eucken, Rüstow, Röpke und Müller-Armack hatten bereits seit den 1930er-Jahren die Notwendigkeit einer ideologischen Flankierung und gesellschaftspolitischen Umrahmung von Marktwirtschaften angemahnt, gerade im Hinblick auf die Anpassung an wechselnde ökonomische Phasen. Insbesondere Müller-Armack wird von Schmidt zu beiläufig behandelt, denn er hatte als Staatssekretär Erhards maßgeblich jene zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft erdacht, auf die sich dann die Idee der »formierten Gesellschaft« später stützte.⁴

Im letzten Kapitel »Vertrauensverlust (1965–1966)« analysiert Schmidt den Abstieg Erhards. Zwar war es Erhard mit seiner Popularität als Wirtschaftsminister gelungen, gegen Widerstände des konservativen Lagers Kanzler zu werden, aber weder seine Machtbasis noch seine politisch-strategische Orientierung reichten aus, um seine Position zu stabilisieren. Das klägliche Scheitern des Projekts »formierte Gesellschaft« war letztlich auch Ausdruck der Mitte der 1960-Jahre auslaufenden volkswirtschaftlichen Rekonstruktionsphase, die nun in eine wirtschaftliche Normalphase mit ersten rezessiven Tendenzen überging. Allerdings, so zeigt Schmidt am Ende ihrer Arbeit auf, war der Bedeutungsverlust Erhards nur eine kurze Phase im politischen Geschehen. Die von ihm und seinen Netzwerken geschaffene Figur des »Wundermanns« und die Narrative von »Wirtschaftswunder« und »Sozialer Marktwirtschaft« erwiesen sich als wertvolle ideologische Ressourcen, die bereits 1972 anlässlich seines 75. Geburtstags wiederbelebt wurden und bis heute wirkmächtig die Debatten um die deutsche Wirtschaftspolitik beeinflussen.

Trotz der Fülle des Materials und mancher Redundanzen setzt die Arbeit von Katharina Schmidt Maßstäbe in der Forschung zum wirtschaftspolitischen Mythos um Erhard, die gerade auch für die wirtschaftswissenschaftliche Narrativ-Forschung im Sinne von Robert Shiller von Bedeutung sein kann.⁵ Es wäre zu wünschen, dass auf der Grundlage der ersten beiden Kapitel eine gestraffte Publikation entstünde, die allein den Prozess der Mythologisierung Erhards als Wirtschaftspolitiker aus kommunikations- und sozialwissenschaftlicher Perspektive beleuchtet. Dabei wäre es sinnvoll, manche Quelle von Erhard und seinem Netzwerk mit etwas mehr Distanz zu betrachten und zugleich den Begriff der politischen Kommunikation etwas stärker zu problematisieren. Das ist gerade im Hinblick auf die Ordoliberalen von Bedeutung, deren politische Ikone Erhard war und ist – und deren Bemühungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung immer im Zusammenhang der von Hayek und Eucken seit den 1930er-Jahren entworfenen Strategien zur Durchsetzung eines wirtschaftsliberalen Gesellschaftsmodells gesehen werden müssen.

Zitierempfehlung

Ralf Ptak, Rezension zu: Katharina Schmidt, Der Wundermann Ludwig Erhard. Mythos, Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit, Herbert von Halem Verlag, Köln 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82110.pdf>> [20.11.2025].

⁴ Vgl. Alfred Müller-Armack, Die Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, in: *ders.*, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weitere Konzepte, Bern 1974, S. 129–145.

⁵ Robert J. Shiller, Narrative Wirtschaft. Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen – ein revolutionärer Erklärungsansatz, Kulmbach 2020.



**Daniela Münkel/Ronny Heidenreich/
Martin Stief (Hrsg.)**

Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg
(Analysen und Dokumente, Bd. 61)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2024
219 Seiten, gebunden | 20,00 €
ISBN 978-3-525-30280-4

rezensiert von

Enrico Heitzer, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Der Sammelband untersucht die Rolle nachrichtendienstlicher Informationen in politischen Entscheidungsprozessen während des Kalten Krieges. Er widmet sich damit einer zentralen Leerstelle der politischen Zeitgeschichte, nämlich der Frage, wie Informationsflüsse aus dem Bereich der Nachrichtendienste auf Regierungshandeln einwirkten – und ob Geheimdienste nicht nur Informationslieferanten waren, sondern auch ideologische Akteure, die auf die politische Agenda einwirkten. In den Blick genommen werden sowohl strukturelle Bedingungen geheimdienstlicher Wissensproduktion als auch konkrete Fallbeispiele politischer Krisen in Ost und West, etwa der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der Mauerbau oder die Kuba-Krise. Der Band ist ein Beitrag zur Entmystifizierung der nachrichtendienstlichen Praxis und zugleich zur historischen Rekonstruktion politischer Entscheidungsfindung.

Der Band ist in vier Abschnitte unterteilt: (1) Überlieferungslage und Quellenzugang, (2) Formen und Organisation geheimdienstlicher Wissensproduktion, (3) Nachrichtendienste als Politikberater, (4) geheimdienstliches Wissen in Krisenkontexten. Die Beiträge greifen auf eine Vielzahl bislang wenig ausgewerteter Aktenbestände zurück und schlagen eine Brücke zwischen zeithistorischer Geheimdienstforschung, Archivkunde, politischer Institutionengeschichte und politikwissenschaftlich informierter Analyse.

Im ersten Teil zeichnen Stephan Wolf, Sebastian Nagel und Michael Weins die archivalische Überlieferungslage nach. Während Wolf sich den Parteiinformationen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) widmet – der zentralen Berichtsinstanz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) – und ihre systematische Auswertung vorantreibt, eröffnet Nagel neue Perspektiven auf die Auslandsberichterstattung der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Hervorzuheben ist Nagels Nachweis, dass sich über 1.000 Dokumente der HVA, die in deutschen Archiven nicht erhalten sind, in Parallelüberlieferungen etwa im polnischen Institut für Nationales Gedenken nachweisen lassen. Diese archivalischen Funde erweitern das Spektrum der Auswertbarkeit erheblich und

machen deutlich, wie sehr internationale Archivkooperation zur Ergänzung der fragmentierten Bestände beiträgt. Weins liefert mit seiner Analyse zur Überlieferungslage des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) einen aufschlussreichen Überblick über die bislang zugänglichen Bestände. Er zeigt, dass die Aktenlage zwar punktuell tiefe Einblicke in die institutionelle Entwicklung und Zusammenarbeit dieser Dienste erlaubt, insgesamt jedoch die Einsicht durch restriktive Zugangsregelungen erheblich eingeschränkt ist und das Bild daher lückenhaft bleibt.

Im zweiten Teil des Bandes rücken die geheimdienstlichen Lagebilder und ihre internen Verarbeitungsmechanismen in den Mittelpunkt. Martin Stief analysiert die Berichterstattung der ZAIG von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre und zeigt, wie sich diese vom stimmungssensiblen Frühwarnsystem zu einem bürokratisch ausgebauten Instrument der Herrschaftssicherung entwickelte. Stiefs Beitrag ist auch deshalb besonders aufschlussreich, weil er den performativen Charakter der Berichte herausarbeitet: Sie dienten nicht allein der Information, sondern auch der Selbstvergewisserung des MfS. Hervorzuheben ist der Beitrag von Andreas Hilger (†), der sich mit der Organisation Gehlen und dem frühen BND beschäftigt. Hilger gelingt es, anhand interner Dokumente offenzulegen, wie dürftig die Informationsbasis des westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes über die DDR und die Sowjetunion war. Statt konkreter, überprüfbarer Erkenntnisse dominierte eine Mischung aus Spekulation, antikommunistischer Deutung und institutioneller Eigenlogik. Hilger zeigt, dass Reinhard Gehlen Weltanschauungsanalysen in den politischen Raum einspeiste, deren analytischer Gehalt gering, deren ideologische Anschlussfähigkeit im politischen Bonn aber hoch war. Dieser Beitrag ist ein gutes Beispiel dafür, wie man organisationssoziologische und wissensgeschichtliche Perspektiven fruchtbar miteinander verbinden kann.

Der Beitrag von Roger Engelmann und Ronny Heidenreich im dritten Teil beleuchtet die Rolle des MfS als Nachrichtenlieferant der SED. Die Autoren zeigen, dass das Ministerium nicht nur reaktiv, sondern aktiv die politische Agenda mitgestaltete – etwa durch Schwerpunktsetzungen im Berichtswesen oder durch gezielte Einbettung von Information in ideologische Deutungsmuster. Sie stellen klar, dass zwischen MfS und Parteiführung eine Aushandlungsbeziehung bestand, in der »Sicherheit« als Deutungsrahmen flexibel und machtdienlich eingesetzt wurde. Jost Dülffer zeigt am Beispiel des BND im westlichen Bündniskontext, dass dieser ebenfalls häufig mit ideologisch gefärbten und politisch nur eingeschränkt belastbaren Lagebildern arbeitete, weil er »Zentrum des psychopolitischen Kampfes gegen den ›Weltkommunismus« (S. 152) sein wollte. Michael Hollmann weist in seinem Beitrag zu den Reaktionen der Bundesregierung auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 nach, dass sich die Staatsführung in ihrer Urteilsbildung nicht primär auf Geheimdienstinformationen stützte. Er macht deutlich, dass die politische Reaktion aus Bonn viel eher im Kontext weiterer innen- und außenpolitischer Problemstellungen zu sehen ist.

Zu anderen Befunden als Hollmann kommen allerdings Andreas Etges, Matthias Uhl und Jens Schöne in ihren Beiträgen im vierten Teil über die Rolle von Geheimdienstwissen in Krisensituationen. Etges zeigt am Beispiel der Rolle der CIA in der Berlin-Krise, wie schnell sich in jungen Organisationen institutionelle Routinen herausbilden – einschließlich eigener ideologischer Deutungsmuster. Uhl wiederum analysiert das Verhalten der sowjetischen Militäraufklärung (GRU) in der Kuba-Krise und legt dar, dass auch dort erhebliche Defizite in der Bewertung westlicher Strategien bestanden. Beide Beiträge tragen zu einem besseren Verständnis der (Fehl-)Kommunikation zwischen den militärischen Blöcken im Kalten Krieg bei. Auch Schöne bietet mit seinem Beitrag zu Wissen, Kommunikation und Handeln des MfS in Krisensituationen eine aufschlussreiche Analyse, wie Informationen innerhalb der Diktatur »gefiltert« und in Entscheidungsvorlagen zu Handlungen überführt wurden – oder auch nicht.

Der Band dokumentiert den methodischen Fortschritt in der historischen Geheimdienstforschung. Während sich frühere Arbeiten oft mit der Darstellung von Skandalen oder der Rekonstruktion von Agentennetzwerken begnügten, geht es hier um die Analyse von Kommunikationswegen, politischen Nutzungskontexten und institutionellen Eigeninteressen.

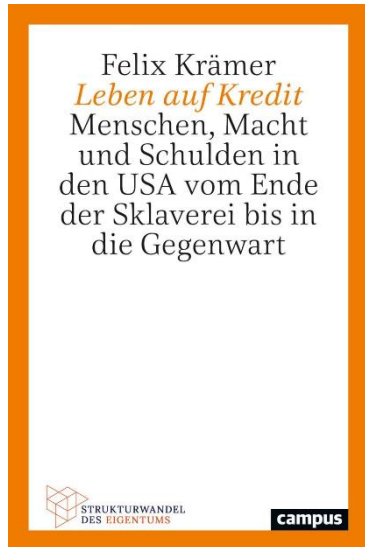
Besonders produktiv ist die systematische Berücksichtigung beider deutscher Staaten im Vergleich – mit Blick auf Quellenlage, Berichtsstrukturen, politische Aufnahmebereitschaft und ideologische Rahmungen.

Trotz der großen Stärken des Bandes treten aber auch die typischen Schwächen von Sammelwerken zutage. Einige Beiträge verbleiben auf einem deskriptiven Niveau oder schreiben ältere Forschungsergebnisse fort, ohne sie analytisch weiterzutreiben. Methodische Selbstreflexion wird nicht in allen Texten gleichermaßen geleistet. So bleibt etwa der Begriff der »Krise« in manchen Beiträgen unbestimmt, ebenso die Frage nach der Messbarkeit von Einfluss – ein klassisches Problem der Politikberatungsgeschichte. Auch die Rolle konkurrierender Informationsquellen zu den Geheimdiensten in den jeweiligen politischen Systemen – etwa wissenschaftlicher Dienst, Medien, Diplomatie – hätte stärker berücksichtigt werden können. Zudem ist der Band als Tagungsdokumentation erkennbar: Einzelne Beiträge sind eher Werkstattberichte laufender Forschung und passen stilistisch oder argumentativ nicht immer harmonisch in die Gesamtstruktur. Redundanzen, etwa bei der Darstellung der Berichtswege des MfS, hätten durch stärkere redaktionelle Eingriffe reduziert werden können.

Gleichwohl handelt es sich insgesamt um einen gewichtigen, vielschichtigen und in seiner empirischen Tiefe beeindruckenden Beitrag zur internationalen Geheimdienstforschung. Er bietet nicht nur teilweise neue Archivfunde und institutionengeschichtliche Einsichten, sondern stellt auch zentrale Fragen nach der politischen Funktion von »Intelligence« im Kalten Krieg. Dass dies mit vergleichender Perspektive, analytischer Tiefe und thematischer Vielfalt gelingt, macht ihn zu einer unverzichtbaren Lektüre für alle, die sich mit nachrichtendienstlicher Praxis, Regierungskommunikation und den Entscheidungsprozessen in der Blockkonfrontation befassen. Trotz Schwächen überwiegt der Erkenntnisgewinn deutlich. Der Band zeigt: Wer verstehen will, wie im Kalten Krieg Politik gemacht wurde, muss die Rolle der Geheimdienste mitdenken – als Teil von Entscheidungsarchitekturen, aber auch als eigenständige Akteure mit spezifischen Interessen, Deutungsmacht und struktureller Wirksamkeit.

Zitierempfehlung

Enrico Heitzer, Rezension zu: Daniela Münkel/Ronny Heidenreich/Martin Stief (Hrsg.), Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82111.pdf>> [20.11.2025].



Felix Krämer

Leben auf Kredit.
Menschen, Macht und Schulden in den USA vom
Ende der Sklaverei bis in die Gegenwart
(Strukturwandel des Eigentums, Bd. 3)

Campus Verlag | Frankfurt am Main/New York 2024
323 Seiten, kartoniert | 45,00 €
ISBN 9783593517681

rezensiert von

Korinna Schönhärl, Universität Trier

Die neue Kapitalismusgeschichte, die mit der Finanzkrise seit 2008 Fahrt aufgenommen hat, möchte die Geschichte dieser Wirtschaftsordnung anders erzählen: den Blick für deren Verlierer:innen schärfen, gängige Narrative und angebliche Zwangsläufigkeiten dekonstruieren, alternative Entwicklungslinien sichtbar machen. Felix Krämer tut dies, indem er in der Reihe »Strukturwandel des Eigentums« die Geschichte der USA vom Bürgerkrieg bis in die Gegenwart als eine Geschichte von Schulden und Verschuldung erzählt, die er als ökonomische Machtinstrumente deutet.

Als Analyseinstrumente prägt er erstens den Begriff der »Schuldendifferenz«: In synchroner Perspektive haben Schulden in ähnlicher Höhe für verschiedene Menschen unterschiedliche Auswirkungen. Für den einen sind sie riskant investiertes Kapital, dessen Rückzahlung im Verlustfall mit den Gläubigern ausgehandelt werden kann, wobei Stundung oder Schuldenschnitt durchaus Optionen sind. Für die andere stellen sie eine unentrinnbare lebenslange Last dar, die persönliche Freiheit empfindlich einschränken kann. Ein Investitionskredit einer Unternehmerin wurde und wird in der Öffentlichkeit moralisch ganz anders bewertet als die Unterhaltsschulden eines zahlungsunfähigen Vaters in prekären Arbeitsverhältnissen.

Diesen Begriff der »Schuldendifferenz« kombiniert Krämer zweitens mit dem diachron gedachten Begriff der »Schuldenschuld«. Dieser hebt darauf ab, dass Schuldendifferenzen nicht zufällig verteilt sind, sondern historisch gewachsen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen wie »persons of colour«, Immigrant:innen, Angehörige der Unterschichten, Frauen (und insbesondere Personen in intersektionalen Lebensumständen) häuften und häufen seit dem Ende der Sklaverei und über Generationen hinweg die Risiken der Verschuldung an. Manche gerieten in Schulden, weil sie ihren Lebensunterhalt gar nicht anders als über Verschuldung bestreiten konnten, zum Beispiel die Sharecropper:innen, die sich nach Abschaffung der Sklaverei bei ihren ehemaligen Sklavenhalter:innen Werkzeuge und Saatgut leihen mussten,

um auf deren Besitzungen auf nun eigenes Risiko Landwirtschaft betreiben zu können. Andere konnten in Notlagen, zum Beispiel Krankheitsfällen, nur unter extrem ungünstigen Bedingungen überlebensnotwendiges Geld leihen. So mussten etwa Arbeiter:innen in den 1920er- und 1930er-Jahren bei den sogenannten »loan sharks« mehrere hundert Prozent Zinsen im Jahr berappen, weil ihr Kreditausfallrisiko als so hoch eingeschätzt wurde, dass sie keine günstigeren Konditionen bekamen. Für (Schwarze) Frauen oder gar Witwen galt dies in besonderem Maße und auch noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Krämer verfolgt die sich wandelnden Praktiken der Verschuldung bis in die Zeitgeschichte. Ein Kapitel widmet er den Kreditkarten, die seit dem Zweiten Weltkrieg Verschuldung für jede/n Konsument:in ermöglichten, aber zu völlig intransparenten Konditionen, die gerade die ärmere Bevölkerung immer tiefer in Verbindlichkeiten verstrickten. Weitere Kapitel sind dem (hypothekenfinanzierten) Immobilienmarkt und den Studienkrediten gewidmet. An vielen dieser Beispiele kann er zeigen, wie föderale und/oder bundesstaatliche Gesetzgebung die Bedingungen des Schuldenmachens beeinflussten, etwa durch die Regulierung oder Deregulierung des Privatsolvenzrechts.

Immer wieder wird auch deutlich, dass einer Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Schuldenmachens ein Wandel der Narrative von Schuld und Schulden voran ging. Die moralische Bewertung der Schuld war und ist zentral für ihre ökonomischen Auswirkungen. Das vielleicht eindrucksvollste Beispiel dafür ist die (weitgehende) Umstellung der US-amerikanischen Studienfinanzierung von Stipendien auf Kredite seit den 1970er-Jahren, verbunden mit dem rasanten Anwachsen der Studiengebühren. Diese Entwicklung war nur möglich, weil Studierende mit dem Einzug neoliberaler Semantiken zu selbstverantwortlichen Investor:innen in ihre eigene Zukunft umgedeutet wurden, die die Gesellschaft an der Rendite ihrer durch Kredit finanzierten Investition beteiligen sollten – auch wenn es letztlich ja weniger die Gesellschaft (was über hohe Steuern ja durchaus möglich gewesen wäre), sondern vielmehr die Kreditgesellschaften waren, die an den späteren Einkommen der Absolvent:innen partizipierten. Das Beispiel macht überdeutlich, dass Schulden gesellschaftliche Konstrukte sind, die einem historischen Wandel unterworfen sind. Moralische Schuld kann in ökonomische Schuld umgewidmet werden und umgekehrt.

Krämers besonderes Interesse gilt der Frage, wie diese Schuldverhältnisse sich auf die Körper der Verschuldeten auswirkten, etwa durch die lebenslange Pflicht zum Abarbeiten der Schulden, im schlimmsten Fall in Schuldknechtschaft oder im Schuldgefängnis. Ihr Potential zur vollständigen Aufhebung von Selbstbestimmung und persönlicher Freiheit machen Schulden in Krämers Perspektive zu einem ökonomischen Mechanismus, der der Aufrechterhaltung bestehender Machtverhältnisse dient.

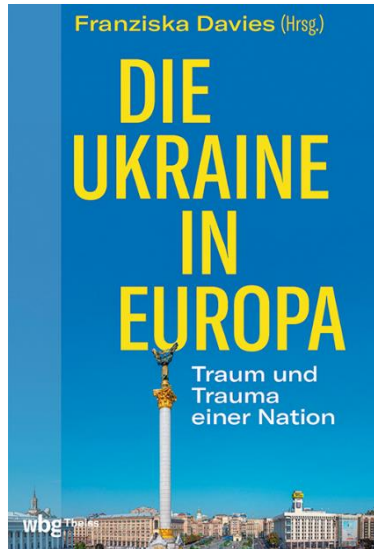
Für seine Untersuchung baut Krämer teilweise auf existierender Forschung auf, so zu den Kreditkarten und den Studienkrediten, die er umfassend rezipiert und reflektiert. Darüber hinaus wertet er vielfältige Quellenbestände aus: verschriftlichte Interviews mit ehemaligen Sklav:innen aus den 1930er-Jahren, Stadtpläne von Großstädten, die Praktiken des »redlining« von »black towns« sichtbar machen, Karikaturen von »loan sharks« und Korrespondenzen von Schuldner:innen mit Interessensvertretungen, in denen sie ihre Lebensumstände und ihre Schuldgeschichten schildern. Es gelingt Krämer so, die Verlierer:innen des »(racial) capitalism« in den Blick zu nehmen, die in der Überlieferung kaum auftauchen und deshalb oft durch das Raster wissenschaftlicher Aufmerksamkeit fallen.

Die Perspektive der Gläubiger:innen tritt demgegenüber in den Hintergrund: Die Leser:in erfährt wenig oder nichts über sie, genauso wenig wie über Akteur:innen in Gesetzgebung und Verwaltung, über Lobbygruppen und politische Prozesse in den Parlamenten. Das birgt stellenweise die Gefahr, dass die Entwicklung von anonymen Interessen gesteuert erscheint, denen die Schuldner:innen wehrlos ausgesetzt sind. Zuweilen evoziert das den Eindruck einer Verschwörungstheorie, der gegenüber die Agency der Schuldner:innen ins Hintertreffen gerät.

Seinem Anspruch, eine neue Perspektive auf die Geschichte des US-amerikanischen Kapitalismus zu eröffnen, wird das Buch aber gerade durch diese Beschränkung auf die Schuldner:innenperspektive gerecht. Historiker:innen, Soziolog:innen und Politikwissenschaftler:innen mit Interesse für die neue Kapitalismusgeschichte, die Geschichte des »racial capitalism« und die Sozialgeschichte der USA sollten es deshalb unbedingt lesen. Die klare Unterteilung der in sich abgeschlossenen Kapitel, die gedankliche Stringenz und die Tiefe der methodischen Reflexion machen es auch für die Arbeit mit Studierenden im Seminar zu einer empfehlenswerten Grundlage.

Zitierempfehlung

Korinna Schönhärl, Rezension zu: Felix Krämer, Leben auf Kredit. Menschen, Macht und Schulden in den USA vom Ende der Sklaverei bis in die Gegenwart, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82112.pdf>> [20.11.2025].



Franziska Davies (Hrsg.)

Die Ukraine in Europa.
Traum und Trauma einer Nation

wbg Theiss | Darmstadt 2023
360 Seiten, kartoniert | 29,00 €
ISBN 978-3-8062-4565-3

rezensiert von

Kerstin S. Jobst, Universität Wien

Auf dem deutschsprachigen Buchmarkt gab es bereits vor dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 eine Reihe von wissenschaftlich abgesicherten Überblickswerken zur ukrainischen Geschichte.¹ Diesem nach der Auflösung der UdSSR unabhängig gewordenen und von den Vereinten Nationen anerkannten Staat wird vom diktatorisch regierenden russischen Präsidenten Vladimir Putin die Existenzberechtigung abgesprochen; dieser Diktion folgt auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Russländischen Föderation. Auch in der deutschen Öffentlichkeit gab es (etwa mit dem 2015 verstorbenen Altkanzler Helmut Schmidt) und gibt es (zum Beispiel mit dem Philosophen Jürgen Habermas) Stimmen, welche die Legitimität einer unabhängigen Ukraine – vorsichtig ausgedrückt – nicht priorisieren.

Aus der ukrainischen Terra incognita eine »terra cognita« zu machen, wird der institutionalisierten Geschichtswissenschaft allein durch gelehrte Forschungsarbeiten nicht gelingen. Es bedarf also weiterer, für eine historisch interessierte Öffentlichkeit verfasste Bücher, welche die so komplexe, durch zahlreiche Zäsuren und Gewaltexzesse geprägte ukrainische Geschichte beleuchten. Insofern ist der von der Osteuropahistorikerin Franziska Davies herausgegebene Sammelband sehr zu begrüßen. Der Band umfasst siebzehn Beiträge, verfasst zuvorderst, aber nicht ausschließlich, von deutschen und ukrainischen Historiker:innen und Publizist:innen, die hier schon aus Platzgründen nicht alle genannt werden können. Die Herausgeberin hat außer der Einleitung auch noch einen Überblick zur Geschichte der Halbinsel Krim von der ersten russischen Annexion 1783 bis in die Gegenwart beigezeichnet. Dieser zeitliche Rahmen wird auch von den meisten anderen Beiträgen eingehalten, während frühere Epochen eher ausgespart werden. Einen kleinen Ausflug in das 17. Jahrhundert unternimmt Julia Herzberg, welche die

¹ Vgl. insb. *Frank Golczewski* (Hrsg.), *Geschichte der Ukraine*, Göttingen 1993; *Andreas Kappeler*, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 9. Auflage, München 2024 (zuerst 1994); *Kerstin S. Jobst*, *Geschichte der Ukraine*, 3. aktual. Auflage, Ditzingen 2022 (zuerst 2010).

1654 zwischen dem Kosaken-Hetmanat und dem Zaren Alexej geschlossene Vereinbarung von Perejaslav kurz beleuchtet, um dann die folgenden Ereignisse und unterschiedliche Deutungen bis in die Gegenwart zu beschreiben. Jana Osterkamp befasst sich mit der »ukrainischen« Habsburgermonarchie (und meint damit den östlichen Teil des Kronlands Galizien sowie die Bukowina).

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg brachte den Gebieten des östlichen Europas, die mehrheitlich von Ukrainer:innen bewohnt waren, keinen dauerhaften Frieden. Auch dank des dramatischen (aber doch mit Vorsicht zu verwendenden) Labels der »Bloodlands« in dem bekannten Buch von Timothy Snyder² schrieb sich die Ukraine als besonders virulenter Gewaltraum in den Wahrnehmungshorizont von Forschung, Politik und europäischer Öffentlichkeit ein. Im vorliegenden Band wird dieser Befund besonders im Beitrag von Andrii Portnov deutlich, der den Verlauf und die Erinnerung an den »Großen Hunger« (Holodomor) 1932/33 beschreibt und auf immer noch nicht geschlossene Forschungslücken hinweist. Er geht auch auf die Genese der mittlerweile verbreiteten Klassifizierung dieses Massenverbrechens als Genozid ein; dass dieser Terminus eigentlich eine juristische und keine moralische Kategorie ist, deutet der Autor an. Naturgemäß nehmen Beiträge zum ukrainisch-russischen Verhältnis im Band einen großen Raum ein. Dazu zählen etwa auch der Beitrag von Fabian Baumann, der die wechselseitig verwendeten Feindbilder seit dem 19. Jahrhundert untersucht, oder die Ausführungen von Bert Hoppe über die ukrainische SSR in der Hochphase des Stalinismus zwischen 1937 und 1947.

Nach 1991 gehörte Polen (gemeinsam mit Litauen) zu den entschlossensten Unterstützern der Ukraine, was in Anbetracht der komplexen und oft gewaltsamen ukrainisch-polnischen Geschichte nicht unbedingt zu erwarten gewesen war. Kornelia Kończal gelingt es in ihrem Beitrag »Polen und die Ukraine. Geschichte einer Versöhnung« ausgezeichnet, das in den Zeitläuften wechselnde Verhältnis seit den Teilungen Polens bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Sie konstatiert, dass gegenwärtig nicht wenige Polinnen und Polen der ukrainischen Sache müde geworden sind, und die seit den 1990er-Jahren so vorbildliche Unterstützung langsam bröckelt. Allmählich werden die »dunklen« Kapitel der gemeinsamen Geschichte (Stichworte sind hier etwa die UPA und die Wolhynien-Massaker) in Teilen der polnischen Öffentlichkeit wieder diskursmächtig. Eine passende Ergänzung dazu sind die Ausführungen John-Paul Himkas über den radikalen ukrainischen Nationalismus, der sich Ende der 1920er-Jahre ausbildete und phasenweise die Nähe zu den Nationalsozialisten suchte – und fand. Vladyslava Moskalets führt in das wichtige Thema des jüdisch-ukrainischen Begegnungen seit dem 18. Jahrhunderts ein und betont, dass auch diese Beziehung nicht ausschließlich als Gewaltgeschichte zu lesen ist.³

Die deutsche Rolle in der Geschichte des flächenmäßig zweitgrößten Staats des Kontinents (nach der Russländischen Föderation) wird in »Die Ukraine in Europa« in unterschiedlicher Form verhandelt. Der auch im deutschsprachigen Raum bekannte und geschätzte Übersetzer und Essayist Jurko Prochasko thematisiert mit Recht die »koloniale Arroganz, gepaart mit einer erschreckenden Ignoranz gegenüber den Erfahrungen der Ukrainer« (S. 43) in der deutschen Öffentlichkeit. In der Tat scheinen mehr und mehr Deutsche, aber auch die von Prochasko nicht erwähnten Österreicher:innen, dieses Krieges »müde« zu sein, was immer unverbrämter auch ausgesprochen wird. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zum polnischen Fall. Von einem »deutschen Russlandkomplex«, der historisch die deutsche Politik zum Nachteil ukrainischer Menschen beeinflusst hat, schreibt Martin Aust und inkludiert darunter unter anderem auch die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg.

Bereits in dem etwas nachlässig formulierten Verlagstext (der genauso wie andere Beiträge ein gründlicheres Lektorat gebraucht hätte) wird noch ein weiteres ehrenwertes Anliegen der

² Timothy Snyder, *Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin*, New York 2010.

³ Vgl. dazu jüngst auch Nino Gude, *Ukrainisch werden, jüdisch bleiben. Eine Verflechtungsgeschichte von Juden und Ukrainern in Lemberg und Przemyśl 1867–1919*, Göttingen/Wien 2025.

Herausgeberin und ihrer Mitstreiter:innen deutlich: zu betonen, dass die Ukraine ein integraler Teil der europäischen Geschichte und damit sowohl Objekt als auch Akteur der Kolonialgeschichte dieses Kontinents ist. Das gilt gleichermaßen natürlich auch für Russland, was aber in diesem Band nicht extra betont wird. Zusammenfassend ist allerdings festzustellen, dass der Versuch, die ukrainische Geschichte von der Frühen Neuzeit bis in die neueste Zeit imperialistisch zu lesen und sogar in ein koloniales Muster zu pressen, nicht wirklich durchzuhalten ist. Ist jedes Herrschaftsverhältnis automatisch kolonial, wie es stellenweise anklingt? Waren oder sind die Grenzen zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten häufig nicht viel diffuser? Waren die zahlreichen Akteure und wenigen Akteurinnen mit ukrainischem Hintergrund nicht auch zuweilen Täter und Profiteure der zaristischen und sowjetischen (sowie auch der deutschen) Politik? Ist gerade dies nicht kolonialen und imperialistischen Beziehungsgeflechten inhärent? Wie auch immer: Das wichtigste Anliegen von Davies und den anderen Autor:innen war es, vor dem Hintergrund der bedrückenden Ereignisse seit 2014 die komplexe ukrainische Geschichte einem deutschen Lesepublikum näher zu bringen. Und das ist weiterhin notwendig.

Zitierempfehlung

Kerstin S. Jobst, Rezension zu: Franziska Davies (Hrsg.), *Die Ukraine in Europa. Traum und Trauma einer Nation*, wbg Theiss, Darmstadt 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82113.pdf>> [26.11.2025].



Stefan Wannenwetsch

»Es gibt noch Arbeiter in Deutschland«.
Zur Kategorie »Arbeiter« in der bundesdeutschen
»Arbeitnehmergesellschaft«
(Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte
der Neuzeit, Bd. 60)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2024
714 Seiten, gebunden | 79,95 €
ISBN 978-3-11-108629-3

rezensiert von

Lukas Doil, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

In der linken Publizistik, in Gewerkschaften und Parteien, ja sogar in der Kirche und in liberalen Leitmedien wird über eine epochale Wiederkehr diskutiert. Noch in den 1990er-Jahren zur »Geschichte« erklärt, macht die Kategorie der Klassengesellschaft ein Comeback.¹ Aber wie steht es um ihre arbeitenden Protagonisten? Wer spricht noch von und für »Arbeiter«? Stefan Wannenwetsch hat eine voluminöse Studie vorgelegt, die dem (doch nicht so) geräuschlosen Verschwinden des »Arbeiters« in der Zeitgeschichte der Bundesrepublik nachgeht. Ihm geht es dabei nicht darum, den sozialhistorischen Niedergang der Industriearbeit zu rekonstruieren und auch nicht um den Rückgang erfahrungsgeschichtlicher Selbstbeschreibungen. Stattdessen wird der Begriff »Arbeiter« als Wissensressource in den Blick genommen. Statt axiomatisch den Prämissen der Nach-dem-Boom-Forschung zu folgen, in deren Kontext die zugrundeliegende Dissertation entstanden ist, geht Wannenwetsch einen positiv gewendeten Weg. Er sucht nach Fällen, in denen nach 1970 bewusst an das Arbeiterkonzept angeknüpft wurde. Die Leitfrage nach dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust des Konzepts »Arbeiter« wird an Organisationen und Individuen adressiert, die eigentlich ein Interesse an der Aufrechterhaltung des »Arbeiter«-Diskurses hatten.

Am Anfang der Studie steht daher der zunächst widersprüchlich anmutende Befund eines »Arbeiter«-Revivals in den 1970er-Jahren. Dadurch gelingt es Wannenwetsch, große Deutungen gegen den Strich zu bürsten und Untersuchungsgegenstände zu zentrieren, die bisher kaum im Mittelpunkt standen. Das sind (unter anderem) die Einrichtung der »Personengruppe Arbeiter« im DGB und dessen Bundearbeiterkonferenzen, das Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (FIAB) in Recklinghausen und das kurzlebige Genre des Arbeiterfilms. Flankiert werden diese Fallstudien von umfangreichen begriffs- und wissenshistorischen Untersuchungen und Reflexionen. Der Aufbau der über 700 Seiten fassenden Studie ist allerdings nicht vollends

¹ Vgl. Nicole Mayer-Ahuja, *Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann*, München 2025.

gelingen. Der Mix aus analytischen und chronologischen Kapiteln ist teils verwirrend und redundanzanfällig, an einigen Stellen fehlt ein roter Faden. Aus den dutzenden Fäden aber, die Wannenwetsch argumentativ präzise und pointiert durch das Buch zieht, sollen im Folgenden einige wenige herausgegriffen werden.

Zunächst ist vor allem der wissensgeschichtliche Zugriff entscheidend. Es geht um die Funktionen der Ressource »Arbeiter« im gesellschaftlichen Diskurs. Zunächst liefert Wannenwetsch eine dichte und lesenswerte Rekonstruktion intellektueller Vermessungen des »Arbeiters« als »epistemische Ressource« (S. 53), als Projektionsfläche und als politisches Subjekt. Eher unsystematisch bleibt aber die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihrem Erbe in der Begriffswelt der Bundesrepublik.² In einer Art begriffshistorischer Kontextualisierung dekliniert Wannenwetsch seine Methode am Beispiel von »Spiegel«-Artikeln durch. Wannenwetsch weist hier eine polyvalente und dynamische Präsenz des »Arbeiters« nach. Als »eigener Fremder« und »zu Kolonisierender« (S. 55), als potenziell illoyaler DDR-Sympathisant, aber auch zunehmend als Träger von Agency und Eigentlichkeit oder als Subjekt der Demokratie. An dieser Stelle widmet Wannenwetsch der Beschreibung von »Gastarbeitern« im »Spiegel« eine genauere Analyse. Er arbeitet heraus, wie mit diesem Kompositum eine Vermittlungsfunktion hergestellt wurde. Auf diese Weise konnte der Begriff, so Wannenwetsch, auch didaktische Wirkung entfalten: Die am Beispiel der »Gastarbeiter« kritisierten »frühkapitalistischen Zustände« sollten überwunden, die »Gastarbeiter« schließlich »vollwertige ›Arbeitnehmer‹« (S. 71) werden. Mit der »Gastarbeiter«-Frage konnte sich historisch so auch die Klassenfrage endlich erledigen.

Handelt es sich bei den »Arbeitnehmern« also um die »vollkommen säkularisierten ›Arbeiter‹« (S. 92)? Wannenwetsch gibt hier kritisch zu bedenken, welche Bedeutungsebenen dem Begriff »Arbeitnehmer« fehlen, gesteht ihm aber die Chance zu, eine kritische kulturelle Aufladung zu erhalten. Insbesondere die Sozialdemokratie, aber auch beträchtliche Teile des DGB-Funktionärswesens, verbanden in den 1970er-Jahren ihr sozialliberales Staats- und Gesellschaftsprogramm mit dem Arbeitnehmerbegriff. In einem abschließenden Kapitel zu weiteren »fraktalen Arbeiterbegriffen« (S. 594) wird dann auch der Siegeszug des »Mitarbeiters« seit den 1980er-Jahren historisiert, dessen Konsequenzen etwa in der Arbeitswelt der Wissenschaft zu spüren sind, wo die wenigsten sich als Lohnabhängige und noch weniger als Arbeiter begreifen.

Die instruktivste Fallstudie der Arbeit ist der »Personengruppe Arbeiter« des DGB gewidmet. Wie Wannenwetsch schlüssig herausarbeitet, war der »Arbeiter« am Ende der 1960er-Jahre weniger Leitfigur der Einheitsgewerkschaft als latente Bedrohung. Mit dem »Arbeitnehmer« hatte die DGB-Führungsriege eine konkurrierende Ressource parat, von der man sich politische Landgewinne, etwa in Form der Harmonisierung der drei sozialversicherungsrechtlichen Statusgruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte), erhoffte. Entsprechend problematisch war die Initiative, in der DGB-Satzung eine eigene Personengruppe für Arbeiter neben den Beamten, Angestellten, Frauen und der Jugend einzurichten, was aber trotz der Widerstände der Führungsebene auf Druck der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von den Delegierten beim DGB-Bundeskongress 1971 beschlossen wurde. Auf Fachtagungen und Bundesarbeiterkonferenzen wurde der »Arbeiter« als Problem und Ideal zugleich umrissen. Er wurde zudem singularisiert, vor allem indem ihm eine bestimmte körperliche Praxis zugeschrieben wurde, die zunehmend von Gesundheitsfragen und Mikroelektronik transformiert zu werden schien.

Im Zuge einer Strukturreform schaffte der DGB 1990 die Statuspersonengruppen wieder ab, nur Geschlecht und Alter blieben als Differenzkriterien in der Satzung bestehen. Damit setzten sich organisationspolitisch die Gegner der »Arbeiterpolitik« im DGB durch. Wannenwetsch sieht hierin eine Schwächung der Gewerkschaften und ihrer politischen Repräsentanz, zumal die durch die Kategorie des »Arbeiters« adressierten Zumutungen des Kapitalismus ungelöst blieben. Ein wenig unklar bleibt die gewerkschaftsgeschichtliche Relevanz des Endes der

² Vgl. dazu *Nikolas Lelle, Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe*, Berlin 2022.

»Personengruppe Arbeiter« beim DGB dennoch, denn Wannenwetsch schreibt selbst, dass entsprechende Personengruppen und damit entsprechende Praktiken und Ressourcen in einzelnen DGB-Mitgliedsgewerkschaften weiterexistierten.

Auch am Beispiel des Arbeiterfilm-Regisseurs Christian Ziewer und des FIAB arbeitet Wannenwetsch präzise heraus, wie die Ressource »Arbeiter« eingesetzt und mit Kritik verbunden werden konnte, um wiederum kulturelle und pekuniäre Ressourcen zu generieren. Ziewer hatte mit seiner Arbeiterfilm-Trilogie zwischen 1972 und 1975 ein großes Publikum erreicht und zudem auf die Einbindung von Arbeitern in die Produktion gesetzt. Für seine Vision eines Milieukinos konnte er unter anderem beim WDR beträchtliche Fördermittel realisieren und gleichzeitig Innovationsansprüche im cineastischen Feld vertreten.

Für das FIAB zeigt Wannenwetsch schließlich, wie die Kritikfunktion des Arbeiterbegriffs selbst unzeitgemäß werden konnte. Die IG Metall und die Ruhr-Universität Bochum finanzierten seit 1975 das Institut, um die Arbeiterschaft sowohl thematisch als auch personell in das Feld der Bildungsforschung zu integrieren. War im Zeichen des Strukturwandels eine Bildungsoffensive für Arbeiter zunächst noch als wissenschaftlich förderwürdig erachtet worden, büßte der Begriff bald an feldspezifischer Relevanz ein. 1987 wurde das Institut umbenannt und nach einem Finanzierungsstopp durch das Land Nordrhein-Westfalen 2007 geschlossen, denn auch in der Drittmittelakquise ließ sich Arbeiterbildung schwer vermarkten. Der letzte FIAB-Direktor Klaus Dörre hatte bereits seit 2001 eine inhaltliche Abkehr von der Arbeiterbildung eingeleitet. Stattdessen sollten der »flexible Kapitalismus« und »Partizipation« im Vordergrund stehen (S. 532).

Wo sind nun die »Arbeiter« in der bundesdeutschen Gesellschaft geblieben? Wannenwetsch führt Argumente für einen Bruch in den 1980er-Jahren an, er sieht aber auch Kontinuitäten – nämlich in Komposita, die »Arbeiterprobleme« aktualisiert zur Sprache zu bringen versuchten. Gleichwohl ist die über den Kapitalismus hinausweisende Bedeutung des Begriffs »Arbeiter« nur selten in ihnen aufgehoben. Die in den 1980er-Jahren virulent gewordene Rede vom Anachronismus des Arbeiterbegriffes ging dem tatsächlichen Ende der »Aktualisierungsbemühungen« (S. 635) voraus. In der Schlussbetrachtung fällt Wannenwetsch allerdings hinter seine komplexe Methodik zurück, wenn er die »Arbeiter« in eine Matrix zwischen »Moderne« und »Postmoderne« einsortiert. Sind diese Formationsbegriffe nicht ebenfalls (bloß) gesellschaftliche Ressourcen?

Stefan Wannenwetsch hat eine ungemein anregende und komplexe Studie vorgelegt, die in vielen Bereichen neue Wege geht. Insbesondere liefert er einen anknüpfungsfähigen Beitrag zur wissenshistorischen Neujustierung der Gewerkschaftsgeschichte, wie sie etwa Jan Kellershohn angeregt hat.³ Nicht zuletzt liest sich das Werk erfrischend politisch. Auf den Punkt gebracht: Das »politische Repräsentationsdefizit« der Arbeiter und das »Defizit der Gesellschaftskritik« (S. 7) bedingen sich gegenseitig. Sich »Arbeiter:innen« und »Klasse« als Begriffe auch wissenschaftlich wiederanzueignen, kann ein erster Schritt zur Behebung dieser Defizite sein.

Zitierempfehlung

Lukas Doil, Rezension zu: Stefan Wannenwetsch, »Es gibt noch Arbeiter in Deutschland«. Zur Kategorie »Arbeiter« in der bundesdeutschen »Arbeitnehmergesellschaft«, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82114.pdf>> [1.12.2025].

³ Jan Kellershohn, Clearingstellen der Differenz. Perspektiven der jüngeren und jüngsten Gewerkschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 61 (2021), 537–568.



Mareen Heying/Alexandra Jaeger/Nina Kleinöder/Sebastian Knoll-Jung/Sebastian Voigt (Hrsg.)

Verschwiegener Alltag.
Gewalt am Arbeitsplatz seit dem 19. Jahrhundert
(Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 115)

J.H.W. Dietz Nachf. | Bonn 2025
240 Seiten, Broschur | 38,00 €
ISBN 978-3-8012-4298-5

rezensiert von

Alicia Gorny, Ruhr-Universität Bochum

Bisher muss die Erforschung von Gewalt am Arbeitsplatz in den Geschichtswissenschaften als marginal bezeichnet werden, besonders in Abgrenzung zur Erforschung von Gewalt als generelles historisches Phänomen.¹ Dabei durchdringen Gewalt und Gewalterfahrungen nicht nur unseren Alltag, sondern sind auch in der Arbeitswelt Teil alltäglicher Interaktion. Zur Randständigkeit der Forschung über dieses spezielle Gewaltphänomen trug und trägt sicher bei, dass letztere oft in einem nicht öffentlich einsehbaren, quasi ›privaten‹ Setting stattfindet, somit für viele unsichtbar bleibt und zumeist als Tabu gilt. Umso drängender erscheint vor diesem Hintergrund der Sammelband »Verschwiegener Alltag«, der im Rahmen der neunten Tagung der Reihe »Neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte« der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung entstand.

Zeitlich und thematisch bildet der Band ein breites Spektrum ab. Er nimmt das Ende des 19. Jahrhunderts ebenso in den Blick wie die jüngste Gegenwart und macht dadurch Kontinuitätslinien sowie gleichermaßen (Il-)Legitimitätsverschiebungen von Gewalt am Arbeitsplatz sichtbar. Ein besonderes Augenmerk wird in vielen Beiträgen auf die Kategorie Geschlecht gelegt. So widmen sich fünf Beiträge dezidiert feminisierten Berufen (Kellnerinnen, Hausmädchen, Prostituierten) oder thematisieren Gewalterfahrungen, die vor allem Frauen aufgrund ihrer geschlechtlichen Zuschreibung mach(t)en. Aber noch weitere Beiträge berühren die Dimension Geschlecht – sei es unter dem Aspekt eines spezifisch männlichen (Risiko-)Verhaltens, einer paternalistischen Verfügungsgewalt oder mit Blick auf die demografische Struktur in der Altenpflege.

Insgesamt enthält der Band elf thematische Beiträge in weitgehend chronologischer Reihung, denen ein kurzes Vorwort der Herausgeber:innen und eine systematische Einführung von Klaus

¹ Vgl. Eva Labouvie (Hrsg.), Geschlecht, Gewalt und Gesellschaft. Interdisziplinäre Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2023.

Weinhauer voransteht. Weinhauer schildert den Forschungsstand und damit verbundene Begriffsdebatten und bezieht sich dabei sowohl auf die Geschichtswissenschaften als auch auf soziologische Perspektiven. Er plädiert für einen »Gewaltbegriff, der körperliche Gewalt ins Zentrum rückt, dabei aber diese Gewalt sozial-kulturell kontextualisiert und zeitlich-räumlich einbettet in ein Davor und Danach« (S. 26).

Die ersten vier thematischen Beiträge sind im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik angesiedelt. Gemein ist ihnen, dass darin vor allem Vorstellungen, welche Akte überhaupt als Gewalt am Arbeitsplatz oder gar als illegitime Gewalt zu bewerten waren, untersucht werden. Sebastian Knoll-Jung wählt mit Quellen der Unfallversicherungen einen innovativen Zugang, um Einblicke in innerbetriebliche Gewaltpraktiken während des Kaiserreichs zu gewinnen. Auf Grundlage der Versicherungsakten kann er verschiedene Ebenen von Gewalt aufzeigen: Gewalt von Vorgesetzten, Gewalt gegen Vorgesetzte, Gewalt gegen ›Schwächere‹ beziehungsweise gegen marginalisierte Personen, aber auch Gewalt zwischen Personen, die hierarchisch gleichgestellt waren. Dadurch gelingt ihm eine Forschungsperspektive, die über die Differenzkategorie Klasse hinausgeht. Ebenfalls einen innovativen Quellenzugang wählt Johanna Wolf, die in Form von Gewerbegerichtsurteilen juristische Quellen geschichtswissenschaftlich auswertet. Dabei stellt sie die Unterschiede der Reichsgewerbeordnung von 1891 zu der Vorgängerverordnung von 1869 ebenso heraus wie ihre Unterschiede zur damaligen Gesindeordnung. Anhand dessen macht sie einen Diskurswandel in Bezug auf Gewalt am Arbeitsplatz sichtbar, der mit einem Wandel der Herrschaftsbeziehung zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden verbunden war.

Mit einer Perspektivierung der Kellnerinnenfrage als Gewaltfrage widmet sich der Beitrag von Mareen Heying einer besonders vulnerablen Berufsgruppe. Eindrücklich legt sie dar, welchen Gefahren Kellnerinnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgesetzt waren und zeigt dabei die Gewalt in der Arbeitsbeziehung zu Wirt:innen und Arbeitsvermittlern ebenso auf wie die Gewalt, die von Gästen ausgehen konnte. Von zentraler Bedeutung war, dass Kellnerinnen als Berufsgruppe allgemein abgewertet wurden (bis hin zu einer Einordnung als Vorstufe zur Prostitution) und Übergriffe ihnen gegenüber daher als mit dem Beruf einhergehend angesehen wurden. Eine ebenfalls vulnerable und feminisierte Berufsgruppe behandelt der Beitrag von Mareike Witkowski. Anhand der Haushaltsgehilfinnen macht sie einen Wandel des juristischen wie des gesellschaftlichen Gewaltverständnisses ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sichtbar. Stand im 19. Jahrhundert aufgrund der Infantilisierung der Hausmädchen noch der Erziehungsauftrag der Dienstgebenden ihnen gegenüber im Vordergrund, entwickelte sich die Gewalt gegen Dienstmädchen in den folgenden Jahrzehnten auf struktureller Ebene und wirkte dort fort.

Auch der Beitrag von Mona Rudolph nimmt sich dem Thema Gewalt gegenüber Frauen an. Mit Blick auf den Fall der 1957 ermordeten Rosemarie Nitribitt diskutiert sie die Gewalterfahrungen von Prostituierten im Wechselspiel mit Sexualitäts- und Geschlechtervorstellungen der 1950er-Jahre, die sich in einer gleichermaßen staatlichen als auch gesellschaftlichen Diskriminierung niederschlugen. Kann der These, dass Nitribitt als Prostituierte patriarchale Machtverhältnisse infrage stellte, noch durchgängig gefolgt werden, steht es um die Behauptung, dass sie aufgrund ihrer Profession für Geschlechtsverkehr nicht auf einen Ehemann angewiesen gewesen sei (S. 123), deutlich kritischer. Indem die sexuelle Selbstbestimmung hier explizit von der Abwesenheit eines Ehemanns abhängig gemacht wird, wird implizit ein normativer Maßstab gesetzt, der weibliche Sexualität primär in Relation zu männlicher Partnerschaft denkt. Dies marginalisiert alternative Formen weiblicher Selbstentfaltung und suggeriert, dass sexuelle Autonomie außerhalb von Sexarbeit nicht möglich oder nicht relevant sei. Eine solche Formulierung verkennt die Vielfalt weiblicher Lebensrealitäten und verfestigt stereotype Vorstellungen von Geschlecht, Sexualität und Abhängigkeit.

Eine weitere Perspektive auf Sexarbeit zeigt der Beitrag von Alisha Edwards auf. Die Autorin demonstriert im Vergleich der Bundesrepublik Deutschland und Großbritanniens, dass migrantische Sexarbeiterinnen nicht nur in beiden Ländern Gewalt erfahren haben, sondern

dass zudem die Verantwortung dafür systematisch auf die Betroffenen selbst abgewälzt wurde. Ihr oftmals illegaler Aufenthaltsstatus verschärfte die ohnehin prekäre und vulnerable Situation der Sexarbeiterinnen noch zusätzlich und erschwerte ihnen etwa häufig den Zugang zu Unterstützungsressourcen. Ebenfalls um sexualisierte Gewalt geht es in dem sehr gelungenen Beitrag von Sophia Kuhle. Anhand von Berichten der Frauenzeitschriften »Emma« und »Courage« zu Gewalt am Arbeitsplatz zwischen 1976 und 1984 analysiert sie, wie das Fehlen eines Begriffs für sexualisierte Gewalt dazu führte, dass die betroffenen Frauen dieses Phänomen zwar beschreiben, nicht aber benennen und somit anprangern konnten. Wie vielmehr deutlich wird, waren die Strategien, die die Frauen im Umgang mit gewaltsamen Übergriffen in ihrem Arbeitsalltag entwickelten, eher von Rückzug und Ignoranz geprägt, als dass sie zu rechtlichen Schritten führten.

Einem scheinbar ganz anderen Themenbereich, nämlich den gewalttätigen Streiks in Norditalien in den 1970er-Jahren, widmet sich der Beitrag von Jacopo Ciammariconi. Er diskutiert darin die Strategien der katholischen Gewerkschaft FIM-CISL die Gewalt einerseits zu stoppen und andererseits zu verstehen.

Die letzten Beiträge des Bands nähern sich zeitlich der unmittelbaren Gegenwart an. In seinem Beitrag zu Rettungssanitäter:innen und Mitarbeiter:innen des Ordnungsamts folgt Matthias Weber einem straffen theoretischen Überbau, der zeitweilig vom eigentlichen Thema der Gewalterfahrungen ablenkt. So deutet er die Gewalterfahrungen dieser Berufsgruppen im Außendienst zwar schlüssig als kognitive Dissonanz und Statusbedrohung, definiert diese Begrifflichkeiten aber so intensiv, dass die eigentliche Quellenanalyse fast zu kurz kommt. Zudem hätte diesem Beitrag nach dem Vorbild vieler anderer Beiträge des Bandes eine dezidierte Perspektive auf Geschlecht gut getan, bleibt beim Lesen der Interviewpassagen doch häufig das Gefühl, dass die geschilderten Respektlosigkeiten und deren Empfindung stark mit bestimmten Vorstellungen von hegemonialer Maskulinität (im Sinne von R.W. Connell) zusammenhängen.²

Der Beitrag von Pierre Pfüttsch über Gewalterfahrungen in der Altenpflege greift auf die Materialsammlung des Pflegeexperten Claus Fussek zurück, um zu veranschaulichen, wie die prekären Arbeitsbedingungen in der Pflege gewalttätige Übergriffe begünstigen können. Als Hauptursache für Gewalt benennt Pfüttsch die fehlende Zeit für eine Pflege »auf Augenhöhe«. Ein Gericht in Hamburg hatte bereits 1998 in einem relativ milden Urteil gegen gewalttätige Pfleger die Arbeitsumstände in der Altenpflege »quasi indirekt als gewaltauslösende beziehungsweise zumindest gewaltfördernde Ursachen anerkannt« (S. 216).

Der den Band schließende Beitrag von Christoph Lorke widmet sich migrantischen Erntehelfer:innen in der deutschen Landwirtschaft. Mithilfe von Oral History-Interviews kann Lorke zeigen, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen von Erntehelfer:innen von einem permanenten (Arbeits-)Druck, gepaart mit Kontroll- und Überwachungsmechanismen, bestimmt waren und sind. Eine besondere Herausforderung stellte für viele Arbeiter:innen die Sprachbarriere dar, die durch die Bereitstellung von Verträgen, die ausschließlich in Deutsch abgefasst waren, noch zusätzlich erschwert wurde. Viele Befragte empfanden diese Bedingungen nur aufgrund des monetären Gewinns sowie im Wissen um die Endlichkeit ihres Aufenthalts und die baldige Rückkehr ins Heimatland als ertragbar.

Der Sammelband macht eindrücklich die Allgegenwärtigkeit von Gewalterfahrungen im beruflichen Alltag sichtbar. Die versammelten Fallstudien und Analysen zeigen, dass Gewalt nicht als singuläres Ereignis, sondern als strukturelles Phänomen zu begreifen ist, und dass dieses sich über Zeiten und Räume hinweg in unterschiedlichen Formen manifestiert. Historisch lässt sich ein Prozess der Differenzierung beobachten: Ab dem Kaiserreich traten spezifischere Formen und Konstellationen von Gewalt hervor, zugleich wurde das Thema verstärkt tabuisiert, was seine Sichtbarmachung und eine öffentliche Auseinandersetzung mit ihm erschwerte.

² Vgl. Raewyn Connell, *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*, 4., durchges. und erw. Auflage, Wiesbaden 2015.

Diese Entwicklung führte dazu, dass Gewalt zunehmend in Graubereiche verschoben wurde – in informelle Praktiken, subtile Ausschlussmechanismen und institutionelle Routinen, die schwerer zu dokumentieren und zu sanktionieren waren und sind. Wünschenswert wäre eine stärker systematische Behandlung der Dimension von »race« gewesen, um mögliche Differenzierungen innerhalb der Betroffenenengruppen klarer herauszuarbeiten.

Zitierempfehlung

Alicia Gorny, Rezension zu: Mareen Heying/Alexandra Jaeger/Nina Kleinöder/Sebastian Knoll-Jung/Sebastian Voigt (Hrsg.), *Verschwiegener Alltag. Gewalt am Arbeitsplatz seit dem 19. Jahrhundert*, J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2025, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82115.pdf>> [3.12.2025].



Helmut Welge

Bundeskanzler Willy Brandt.
Außenpolitik als Friedenspolitik

Berliner Wissenschafts-Verlag | Stuttgart 2025
213 Seiten, kartoniert | 50,00 €
ISBN 978-3-8305-5650-3

rezensiert von

Bernd Rother, Berlin

Das publizistische und wissenschaftliche Interesse an Willy Brandts Ostpolitik ist ungebrochen und hat sich durch den russischen Überfall auf die Ukraine noch einmal verstärkt. In der deutschen politischen Debatte versuchen Vertreter ganz unterschiedlicher Positionen, sich in die Tradition dieser Politik zu stellen. Umgekehrt gibt es auch Stimmen, die Fehleinschätzungen der russischen Politik in Deutschland bis auf Brandts Ostpolitik zurückführen. Das hier anzuzeigende Buch von Helmut Welge versteht sich nicht als Beitrag zu dieser Debatte, aber wer auch immer es liest, tut dies vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen.

Das Buch über Willy Brandts Außenpolitik ist nicht das erste Werk des Juristen und Historikers über die auswärtige Politik eines Bundeskanzlers. Über Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger hat der frühere Berater der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits Vergleichbares vorgelegt, nicht aber über Konrad Adenauer.¹

Anders als es der Buchtitel erwarten lässt, geht Welge auch ausführlich auf die außenpolitischen Positionen und Aktivitäten von Willy Brandt in seiner Zeit als Minister in der Großen Koalition von Dezember 1966 bis September 1969 ein. Vorangestellt ist ein knappes Vorwort, in dem der Autor Brandts Lebensweg skizziert. Dass Brandt das selbe Gymnasium besucht haben soll wie Thomas Mann, findet man auch in anderen Darstellungen, aber es bleibt dabei, dass Brandts Johanneum nicht an den Ruf von Manns Katharineum heranreichte, auch wenn anderen Ortes – so in Hamburg und in Lüneburg – das prestigereichste Gymnasium heißt wie das, wo Herbert Frahm sein Abitur ablegte.

In 14 Abschnitten stellt Welge fast die gesamte Bandbreite der Brandt'schen Außenpolitik zwischen 1966 und 1974 vor. Acht davon behandeln die Ostpolitik einschließlich der KSZE,

¹ Helmut Welge, *Bundeskanzler Ludwig Erhard. Außenpolitiker im weltpolitischen Wandel*, Stuttgart 2018; ders., *Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Außenpolitik mit Augenmaß und Leidenschaft*, Stuttgart 2021.

zwei weitere Abschnitte die Europapolitik und die Beziehungen zu den Westalliierten. Hervorzuheben ist, dass das Buch sich damit nicht begnügt, sondern auch die Politik gegenüber dem Nahen Osten (dort auch Algerien und Ägypten), Vorderasien (Iran, Pakistan und Indien), China und Japan sowie schließlich Südostasien vorstellt. Warum Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und Ozeanien unberücksichtigt bleiben, erklärt Welge nicht.

Weit überwiegend basiert die Darstellung auf den Bänden der Quelledition zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD). Die Berliner Ausgabe der Reden und Schriften Brandts erscheint im Literaturverzeichnis nur mit Band sechs, die Fußnoten zeigen hingegen, dass auch der neunte Band zu Rate gezogen wurde. Einschlägige Sekundärliteratur hat der Autor nur sehr begrenzt und in nicht überzeugender Auswahl genutzt. Weder verwendete er Peter Merseburgers bis heute maßgebende Biografie noch den von mir herausgegebenen Sammelband »Willy Brandts Außenpolitik«.² Ausführlich berücksichtigt Welge hingegen seine eigenen Studien zu Erhard und insbesondere zu Kiesinger, deren Ergebnisse er immer wieder referiert.

Der Autor betont, dass die Ostpolitik ein politisch inspiriertes Projekt und nicht vorrangig durch ökonomische Motive geprägt war (zum Beispiel S. 35: »Zur Verwirklichung der alles andere überragenden *politischen Folgen* seiner Ostpolitik [...; Hervorhebung im Original].«) Ohne die zeitgleiche Hinwendung der Sowjetunion zu einer Politik grundlegender Entspannung in Europa, verbunden mit einer Festschreibung des territorialen Status quo der Einflusszonen der Großmächte, wäre, auch das macht Welge deutlich, die Brandt'sche Ostpolitik zum Scheitern verurteilt gewesen. Aber ebenso war Brandt selbst von großer Bedeutung: »Unter den bisherigen Kanzlern [...] war wohl keiner so geeignet, ein neues Verhältnis zum Osten zu begründen, wie Brandt. Einerseits ein von Hitler verfolgter Sozialdemokrat, andererseits der Verteidiger West-Berlins gegen den Kommunismus, eine Symbolfigur für die Zugehörigkeit der Deutschen zum Westen.« (S. 14)

Zur Ostpolitik konzentriert sich der Autor auf die Beschreibung des Gangs der Verhandlungen in Moskau, in Warschau und mit der DDR. Die Vorgeschichte – so die Reden von Brandt in Harvard 1962 und in Tutzing 1963 sowie die dortige von Egon Bahr mit der berühmten Formel »Wandel durch Annäherung« – fehlt gänzlich, auch die wesentliche Rolle von Bahr bei der konzeptionellen Vorbereitung bis zum Regierungsantritt 1969 bleibt unerwähnt.

Welge kommt zu dem Schluss, dass die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 im Bereich der Außenpolitik ein »Manifest des Neubeginns« (S. 207) darstellte. Damit widerspricht er Autoren aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, die eher die Kontinuität von Adenauer über Kiesinger bis zu Brandt betonen.³ Mit Blick auf die aktuellen Debatten wichtig ist sein Hinweis nicht nur auf die Höhe der damaligen Verteidigungsausgaben, sondern auch darauf, dass erst unter Brandt die Bundeswehr ihre schon länger geplante Höchstzahl von fast 500.000 Soldaten erreichte.

Warum die deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel 1970 nur in einem Satz erwähnt werden, erschließt sich nicht, ebenso wenig die Geringschätzung der bundesdeutschen Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag im November 1969, ohne die die Sowjetunion nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wäre. Durch die weitgehende Beschränkung auf die AAPD entgehen Welge auch die Hintergrundgespräche zwischen Henry Kissinger, Valentin Falin und Egon Bahr, die entscheidend für das Zustandekommen des Berlin-Abkommens waren. Hier zeigt sich, dass es nicht ausreicht, die Quellen zu studieren, ohne sich mit dem Stand der Forschung auseinanderzusetzen.

So löblich es ist, dass sich die Darstellung nicht auf Europa beschränkt, so trocken bleiben doch die Abschnitte zu überseeischen Regionen. Noch stärker sind sie eine Wiedergabe der

² Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002; Bernd Rother (Hrsg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014.

³ Vgl. Michael Borchard/Stefan Karner/Hanns Küsters u.a. (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE, Graz 2020.

wichtigsten AAPD-Dokumente zu den jeweiligen Ländern. Und auch hier stößt eine Entscheidung des Autors auf: Der Jom-Kippur-Krieg von 1973 fehlt völlig, obwohl doch die Haltung der Bundesregierung gegenüber Israel das beiderseitige Verhältnis stark belastete.

Gegenüber den arabischen Staaten habe, so Welge, Brandts »glaubwürdig vertretene neutrale Haltung im Nah-Ost-Konflikt« (S. 209) zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen geführt. Im Iran-Kapitel scheinen Sympathien des Autors für den Schah durch; in der Zusammenfassung kritisiert er »eine allzu großzügige Gewährung von Demonstrationen iranischer Studenten« in der Bundesrepublik (ebd.). Doch die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen habe diese Spannungen überwunden. Gegenüber Indien sei die persönliche Freundschaft Brandts mit Indira Gandhi hilfreich gewesen. China zweifelte, so zeigen es die von Welge zitierten AAPD-Dokumente, am ernsthaften Willen der Sowjetunion zur Entspannung, weshalb Peking die Ostpolitik kritisch beäugte. In Gesprächen mit bundesdeutschen Diplomaten rieten die Chinesen zu verstärkten Verteidigungsanstrengungen. Taiwan stellte kein Hindernis für die Annäherung dar, weil die Bundesrepublik nie diplomatische Beziehungen mit dem Inselstaat aufgenommen hatte (und hat). Was Japan betrifft, irrt der Autor, wenn er von einem »Ansinnen auf eine NATO-Mitgliedschaft« (S. 210) schreibt. Ein Blick in die AAPD zeigt, dass davon keine Rede war. Schließlich Indonesien: Hier habe eine Schuldenregulierung durch die Bundesrepublik zum Erhalt des inneren Friedens beigetragen. Es herrschte eher eine Friedhofsruhe, denkt man an die Konzentrationslager, in denen zu dieser Zeit hunderttausende politische Gegner einsaßen.

Brandts Außenpolitik beurteilt Welge durchgängig positiv. Über das Konzept der Union schreibt er: »Die CDU/CSU [...] beharrte weiterhin auf ihrer seit mehr als einem Jahrzehnt (erfolglosen) Ostpolitik.« (S. 27) Dass jemand, der für die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig war, dies so sieht, steht im Einklang mit den mündlichen und schriftlichen Äußerungen von heutigen Unions-Politikern, die schon seit langem die Fundamentalopposition ihrer Partei gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung als historischen Fehler ansehen – ähnlich wie Sozialdemokraten dies mittlerweile über die Ablehnung von Adenauers Kurs der Westintegration durch die SPD in den 1950er-Jahren sagen.

Zitierempfehlung

Bernd Rother, Rezension zu: Helmut Welge, Bundeskanzler Willy Brandt. Außenpolitik als Friedenspolitik, Berliner Wissenschafts-Verlag, Stuttgart 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82116.pdf>> [3.12.2025].